



Deutsche Polizei

Nr. 2 Februar 2005

Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Trennt der Glaube die Kulturen?

Holland: Wir haben den Dihad im Land

In dieser Ausgabe:

Waffenrecht:
Kleiner Waffenschein –
Flopp des Jahres

I- & K-Technik:
EASy – unverzichtbar
bei der Fallbearbeitung

Ausstattung:
EMS oder RRB –
eine Glaubens- oder
Finanzierungsfrage?

Ausbildung:
Zwei Monate in Arizona –
ein Praktikumsbericht

Häusliche Gewalt:
Europäischer Kongress –
Auswirkungen auf Arbeit
der Bundesfrauengruppe

GdP-Aktion:
Nichtraucher werden! –
Rückfall gleich Aus?

2	KURZ BERICHTET	17
	<i>GdP kämpft für ihre Position</i>	
4	KOMMENTAR	
	<i>Muss wirklich immer erst etwas passieren?</i>	
4/5/	FORUM	
6	TITEL	
	<i>Trennt der Glaube die Kulturen? Holland: Wir haben den Jihad im Land</i>	
12	I- & K-TECHNIK	
	<i>„EASy – unverzichtbar bei der Fallbearbeitung“</i>	
13	KARTENSICHERHEIT	
	<i>Bei Kartendiebstahl künftig eine Nummer: 116 116</i>	
14	WAFFENRECHT	
	<i>Kleiner Waffenschein – Flop des Jahres</i>	
16	WASSER- SCHUTZPOLIZEI	
	<i>Arbeitschutz auf Polizeibooten wird erforscht</i>	
	AUSTATTUNG	
	<i>EMS oder RRB – eine Glaubens- oder Finanzierungsfrage?</i>	
	HÄUSLICHE GEWALT	19
	<i>Europäischer Kongress zur Gewalt im Leben von Frauen und Männern – Auswirkungen auf die weitere Arbeit der Bundesfrauengruppe</i>	
	<i>China: Sicht auf Ehe und Familie entscheidend</i>	21
	AKTION: NICHTRAUCHER WERDEN!	22
	<i>Es ist vollbracht!</i>	
	PRAKTIKUM	24
	<i>Zwei Monate in Arizona – ein Praktikumsbericht</i>	
	SENIORENJOURNAL	30
	MOSAIK	31
	RECHT BÜCHER	32



Deutsche
Polizei

Titelbild: Foto dpa
Titelgestaltung: Rembert Stolzenfeld



Druckauflage dieser Ausgabe:
187.832 Exemplare
ISSN 0949-2844



Inhalt:
100% Recyclingpapier
Umschlag:
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

**Nr. 2 • 54. Jahrgang 2005 • Fachzeitschrift
und Organ der Gewerkschaft der Polizei**

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei,
Forststraße 3a, 40721 Hilden,
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,
Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP:
<http://www.gdp.de>

Redaktion Bundesteil:
Marion Tetzner
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,
Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon (030) 39 99 21 - 114
Fax (030) 39 99 21 - 190
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de

Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen
Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen
werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir
an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Verlag:
**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Lothar Becker

Anzeigenleiter:
Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

GdP kämpft für ihre Position

Kurz nach Redaktionsschluss der letzten Ausgabe wurden wir sicher alle von der Mitteilung überrascht: Die Föderalismuskommission ist gescheitert. Letztendlich an der Bildungspolitik.

So unerfreulich das gesamtgesellschaftlich gewertet werden muss, es war für uns ein kurzfristiges Aufatmen vor der Weihnachtspause. Doch die Problemlage für uns bleibt: Die Länder waren sich in der Diskussion in einem Punkt absolut einig: Die Besoldung und Versorgung wollten sie vor allem aus fiskalischen Gründen in ihre Hoheiten transportieren. An dieser Position halten sie bis heute fest.

Föderalismusdebatte wieder belebt?

Mit dem Scheitern der Föderalismuskommission bleibt die Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten weiterhin in Bundeshand, solange nichts anderes beschlossen ist und zwar durch eine Grundgesetzänderung.

Dennoch müssen wir damit rechnen, dass die Föderalismusdiskussion weitergeführt wird – in welcher Form auch immer. Und das bedeutet für den Beamtenbereich: die Sparorgie wird fortgesetzt, da darin völlige Einmütigkeit unter den Länder besteht. Und der Bund steht dem in nichts nach. Otto Schily hat Anfang Januar öffentlich bekundet, dass er das so genannte „Eckpunktepapier“ nunmehr zügig in Gesetzesform bringen wird. Und das heißt nichts anderes, als dass das Basisgehalt um bis zu 10 Prozent abgesenkt und nochmals um 5 Prozent aufgrund regionaler/arbeitsmarktpolitischer Bedingungen reduziert werden kann.

Ruhe ist damit für uns als GdP nicht eingekehrt. Die Problemlage bleibt erhalten. Das heißt: Wir müssen auf beiden Seiten aktiv bleiben. Innerhalb der Föderalismusdiskussion vertreten wir weiterhin unseren Standpunkt, dass Besoldung und Versorgung

bundeseinheitlich zu regeln sind – damit lehnen wir wie Bundesinnenminister Otto Schily die Kleinstaaterei ab.

Leistungsbezahlung unausgereift

Daneben bleibt allerdings das von Schily favorisierte Eckpunktepapier nach wie vor in unserer Kritik. Insbesondere die vorgesehene Leistungsbezahlung mit ihrer Bandbreitenregelung. Das dafür notwendige Leistungs-feststellungsverfahren findet sich im Eckpunktepapier lediglich in nebulösen, nicht konkret unterlegten Formulierungen wie „Zielvereinbarungen“ und „strukturierte Bewertungsverfahren“. Keiner weiß recht, was sich dahinter verbirgt, aber das Eckpunktepapier sieht schon mal vor, diese Verfahren „regelmäßig, spätestens alle zwei Jahre“ durchzuführen.

Die GdP-Position ist klar: Wir bleiben beim Grundsatz der zeit- und inhaltgleichen Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich. Bei der noch laufenden Prozessvereinbarung über die Neugestaltung des Tarifrechts sind die Positionen so weit ausgeglichen, dass im neuen Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) eine Leistungsbezahlung nur „on top“ vereinbart werden wird. Das heißt, das Basisgehalt bleibt erhalten, wird also nicht abgesenkt, und eine Leistungsbezahlung erfolgt entsprechend der individuellen Leistung als zusätzliches Einkommen. Auch eine Regionalisierung des Basisgehaltes, wie sie im Beamtenbereich vorgesehen ist, wird im TVöD nicht stattfinden.

Was im Tarifbereich möglich ist, darf aus unserer Sicht den Beamtinnen und Beamten nicht verwehrt werden. Ihre fehlenden Verhandlungsrechte dürfen nicht dazu führen, dass lediglich „ein flexibler Gleichklang“ zwischen Tarif- und Beamtenbereich hergestellt wird. Denn dies führt letztendlich zu einer Benachteiligung unserer verbeamteten Kolle-

gen und Kollegen. „Flexibler Gleichklang“, der im Zusammenhang mit dem Eckpunktepapier diskutiert wird, bedeutet zum Beispiel bei der Leistungsbezahlung nichts anderes als weniger Geld im Portmonee am Ende des Monats gegenüber den Tarifbeschäftigten.

Die Befürchtung der GdP ist wohl nicht von der Hand zu weisen, dass der „flexible Gleichklang“ eine Konkretisierung der Absicht in großen Teilen der Politik in Bund und Ländern ist, durch eine Änderung des Art. 33 Abs. 5 Grundgesetz (GG) das Recht des öffentlichen Dienstes „fortzuentwickeln“.

Volle Verhandlungsrechte

Wenn Fortentwickeln aber gleichzusetzen ist mit der einseitig finanziellen Belastung der beamteten Kolleginnen und Kollegen, dann setzt die GdP hier ihren massiven Widerstand an, denn das bedeutet eine Entmündigung. Damit fordert uns die Politik heraus: Sollte es eine Änderung des Art. 33 Abs. 5 GG geben, dann wird die GdP konsequenter Weise in anstehenden Gesprächen mit höchsten Spitzen, u. a. Bundesinnenminister Otto Schily und Ministerpräsident Edmund Stoiber, die vollen Verhandlungsrechte einfordern – einschließlich des Streikrechts.

Die GdP wird ihre Aktivitäten mit den DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes koordinieren: Anfang Februar wird u. a. ein gemeinsames Gespräch aller Vorsitzenden der öD-Gewerkschaften sowie dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer mit dem Bundesinnenminister stattfinden. Darüber hinaus sind Treffen mit den im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen vorgesehen.

Die GdP wird nichts unversucht lassen, im Interesse der Kolleginnen und Kollegen die Politik von der Richtigkeit ihrer gewerkschaftlichen Position zu überzeugen. **kör/ad**

SACHSEN:

Hubschrauberabsturz

Unser tiefes Mitgefühl gilt den Angehörigen der beiden bei dem tragischen Hubschrauberabsturz am 17. Januar in Sachsen ums Leben gekommenen Polizeibeamten. Den zwei schwer verletzten Beamten und einer Beamtin wünschen wir gute und baldige Genesung.

Der GdP-Bundesvorstand

Die Beamten waren in einem Sucheinsatz nach einer vermissten 24 Jahre alten Frau, als ihr Helikopter in einem Waldstück nahe dem sächsischen Thalheim abstürzte und in Brand geriet.

Wer für die Hinterbliebenen spenden möchte, hier die Bankverbindung des Unterstützungsvereins der Polizei e.V.:

Kennwort „Hubschrauber“
SEB AG
Konto: 14363636
BLZ: 860 101 11

DNA-ANALYSEN:

Blockade der Grünen erschwert Aufklärung

Die GdP hat Bündnis 90/Die Grünen aufgefordert, ihre Blockadehaltung gegen eine Ausweitung von DNA-Analysen aufzugeben und den Kampf gegen die Kriminalität nicht unnötig zu erschweren. Die Abnahme einer DNA-Probe sei kein schwerwiegenderer Eingriff in die Persönlichkeit als die bisherigen erkennungsdienstlichen Maßnahmen.

Gleichzeitig schützt der genetische Fingerabdruck Unschuldige vor polizeilicher Verfolgung

und sogar vor Justizirrtümern. Auch die Grünen wissen, dass die Polizei über die Identitätsfeststellung hinaus keine weiteren Informationen, insbesondere Erbinformationen, aus den DNA-Proben gewinnen kann und auch nicht gewinnen will. Das ist technisch und gesetzlich ausgeschlossen.

HARTZ IV:

Gewalt in Arbeitsagenturen

Vor mehr Gewaltausbrüchen Arbeitsloser in Arbeitsagenturen warnte GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg in einem Interview mit der Nachrichtenagentur ddp. Nach ersten Auseinandersetzungen in Zusammenhang mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II könnten sich vor allem an sozialen Brennpunkten durchaus weitere Konflikte ergeben. Das sei keine Übertreibung, da in den vergangenen Jahren immer öfter in «Stresssituationen» Polizisten angegriffen wurden und sich in der Gesellschaft eine höhere Bereitschaft zu Gewalt feststellen lasse.

NIEDERSACHSEN:

Lothar Habler unterstützt GdP-Bundesfinanzpolizei



Foto: GdP Hannover

Wegen seiner besonderen Verbundenheit mit der Gewerkschaft und in Anerkennung der erfolgreichen gewerkschaftlichen Arbeit überreichte der Publizist, Schriftsteller und Verleger Lot-

FLUTKATASTROPHE:

Spendenkonto beim DGB

Jeder Euro hilft, die größte Not der Opfer der verheerenden Flutkatastrophe in Asien zu lindern. Der GdP-Bundsvorsitzende Konrad Freiberg ruft daher die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei auf, dem gemeinsamen Appell der Vorsitzenden der DGB-Gewerkschaften und des DGB zu folgen, weiter für die Opfer der Flutkatastrophe zu spenden.

Der DGB hatte bereits am 28. Dezember 50.000 Euro vom gewerkschaftlichen Spendenkonto „Gewerkschaften helfen“ an die Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ überwiesen. Darüber hinaus sollen nun alle Spendengelder, die unter dem Stichwort „Seebeben“ eingehen, für die unmittelbare Hilfe im Katastrophengebiet verwendet werden. Im Internet wird der DGB unter www.dgb.de über die Verwendung der Mittel regelmäßig berichtet.

Spendenkonto bei der SEB-Düsseldorf
Stichwort „Seebeben“
Konto-Nummer: 1 756 906 400
Bankleitzahl: 300 101 11

har Habler der GdP-Bundesfinanzpolizei Hannover eines seiner Bilder mit der Botschaft: „Anhaltenden Erfolg hält auf Dauer kein Gegner aus!“

BERLIN:

Herzlos, lieblos, schäbig

Der Berliner Senat hat per Verfügung die Jubiläumszuwendungen für die Beamtinnen und Beamten gestrichen. Angesichts der finanziellen Lage mag der eine oder andere dafür noch Verständnis haben. Aber gleichzeitig wurden auch die Urkunden gestrichen. Das zeugt nun wieder von der „feinfühlig“ Behandlung des Dienstherrn.

Sind die Berliner Beamtinnen und Beamten nicht mal mehr wert, auf dem Papier gewürdigt zu werden?

Der Berliner Polizeipräsident will den Fauxpas wenigstens für die Polizistinnen und Polizisten auffangen und eigene Urkunden herausgeben.

Eberhard Schönberg

TARIFPOLITIK: Tarifrunde 2005

Die Neugestaltung des Tarifrechts sowie die Einkommensrunde 2005 waren Thema der Bundestarifkommission öffentlicher Dienst ver.di unter Beteiligung von GdP, GEW, IG BAU und TRANSNET am 16. Dezember 2004 in Kassel.

Nach dem die Verhandlungskommission zur Neugestaltung des Tarifrechts bereits am 15. Dezember 2004 in Kassel den Prozess um das neue Tarifrecht (TVöD) – DP berichtete – ausführlich diskutiert und der Bundestarifkommission die Fortsetzung des Prozesses zur Neugestaltung des Tarifrechts empfohlen hatte, war in der Bundestarifkommission noch darüber hinaus zu entscheiden, mit welcher Strategie die Gewerkschaften es öffentlichen Dienstes im DGB in die diesjährige Einkommensrunde 2005 gehen würden. Die Tarifverträge wären frühestens zum 31. Januar 2005 kündbar gewesen – mit einer vierwöchigen Kündigungsfrist. Das heißt, am 16. Dezember hätte der Kündigungsbeschluss fallen müssen.

Nach einer mehrstündigen Erörterung der Sachlage fasste die Bundestarifkommission folgenden Beschluss:

„Die Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst bekräftigt ausdrücklich ihren Willen, den Prozess der Neugestaltung des Ta-

rifrechts trotz der derzeit schwierigen Verhandlungsphase zur neuen Tabelle (s. DP 12/04, ab S. 12, die Red.) und den Überleitungsbestimmungen noch im Januar 2005 zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen.

In der – auch von den Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitgeber öffentlich erklärt – Erwartung, dass das neue Tarifrecht nur mit Kostenbelastungen gestaltet werden kann, werden die Gewerkschaften zum jetzigen Zeitpunkt die Lohn- und Vergütungstarifverträge des öffentlichen Dienstes zu Ende Januar nicht kündigen.

Die Bundestarifkommission wird diese Frage allerdings in einer weiteren Sitzung im Januar 2005 erneut bewerten und entscheiden. Die Bundestarifkommission bekräftigt, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht von allgemeinen Einkommenserhöhungen abgekoppelt werden dürfen ...“

Die nächsten Termine:

24. Januar 2005: Sitzung der Großen Tarifkommission der GdP (GTK)

27. Januar 2005: Sitzung der Bundestarifkommission des öffentlichen Dienstes unter Beteiligung der GdP.

Anfang Februar: Voraussichtliche Eröffnung der Einkommensrunde verbunden mit der Neugestaltung des Tarifrechts.

KOMMENTAR

Muss wirklich immer erst etwas passieren?

Eine der größten Katastrophe seit Menschengedenken hat in kürzester Zeit eine unvorstellbare Zahl Toter gefordert, ganze Regionen verwüstet und uner-



messliches Leid hinterlassen. Wir alle sind erschüttert, wollen helfen.

Manchem ist sicher noch die große Betroffenheit, die landesweite Hilfsaktion und der professionelle Einsatz zur Jahrhundertflut in unserem eigenen Land in Erinnerung. Schnelle finanzielle aber auch personelle Hilfe ist in solchen Situationen das wichtigste, um die Hoffnung in all dem Elend nicht verkümmern zu lassen.

Dass Deutschland sofort und angemessen großzügig reagiert hat, ist zu begrüßen. Auch viele unserer Kolleginnen und Kollegen haben spontan gespendet.

Hochachtung haben wir auch vor all jenen, die sich vor Ort engagieren. Auch da konnte Deutschland mit Experten helfen. Z. B. leistet die Identifizierungskommission des BKA (unterstützt durch die Länder) geradezu Übermenschliches in der asiatischen Katastrophenregion: Da werden gentechnische

Materialien sicher gestellt, Zähne verglichen, nach besonderen Merkmalen geschaut ... Möge keiner glauben, der berufliche Umgang mit leblosen Körpern könne so weit leidresistent machen, dass die zehntausenden geschundenen Körper – oft Kinder – so einfach zu verkraften seien. Dieses Ausmaß an Leid ist kaum zu ertragen. Die ersten Einsatzkräfte der Identifizierungskommission des Bundeskriminalamts (BKA) kehrten am 13. Januar aus den betroffenen Gebieten zurück nach Deutschland. Sie wurden inzwischen abgelöst durch neue Fachleute – Gerichtsmediziner, Zahnärzte und Spezialisten für DNA-Spuren. Diesen Kolleginnen und Kollegen gebührt unser aller Dank und unsere Unterstützung nach diesem grausamen Einsatz.

Um dem vielfach verbreiteten Wunsch gerecht zu werden, unmittelbar zu helfen, hat Bundeskanzler Schröder zur Bildung von Partnerschaften in den Krisenregionen aufgerufen. Das hat ein überwältigendes Interesse gefunden: fast 500 Anfragen nach solchen Partnerschaften sind bisher bei der Bundesregierung eingegangen.

Und die Wissenschaft arbeitet ebenso auf Hochtouren: Auch in Deutschland befassen sich Experten mit einem effektiven Frühwarnsystem für ähnliche Katastrophenfälle. Denn nach der verheerenden Flutwelle in Asien will die internationale Staatengemeinschaft nun endlich ein umfassendes Tsunami-Warnsystem aufbauen. Das deutsche System sieht die Integration von Boden, Meer- und Luftbeobachtung vor. Neu entwickelte Meeresbojen können die Wellenbewegungen erfassen und sie per digitaler Funktechnik in Echtzeit an die Rechenzentren übertragen.

Wie man sich jetzt um diese asiatische Region kümmert, ist beeindruckend. Aber vieles wäre auch schon vor der Katastrophe möglich gewesen. Dass es ein solches Frühwarn-System dort bislang nicht gab, lag vor allem an den Kosten.

Es scheint den Menschen innewohnen, dass erst etwas Entsetzliches passieren muss, bevor man auf Defizite und Missstände aufmerksam wird. Und die Mahner und Drängler, die immer wieder auf die Probleme aufmerksam machen, werden nur allzu oft als permanente Nörgler, Schwarzseher, Panikmacher abgekanzelt.

Parallelen zu anderen Gebieten drängen sich mir auf. In diesem Heft machen wir auf aktuelle Aspekte des islamistischen Terrorismus in unserer Nähe aufmerksam. Unsere Kolleginnen und Kollegen leisten bei der Bekämpfung auf diesem Gebiet hervorragende Arbeit – möglicherweise wäre Deutschland sonst auch bereits Opfer eines folgenschweren islamistischen Terror-Anschlages.

Aber wir werden auch immer wieder deutlich machen, dass diese Arbeit immer noch durch gravierende Defizite behindert wird: So funktioniert der Datenaustausch über gemeinsame Dateien für die Sicherheitsbehörden noch immer nicht. Die Einführung des Digitalfunks liegt immer noch in weiter Ferne und noch immer versucht die Politik der Polizei personell und finanziell weiter an den Kragen zu gehen.

Brauchen wir wirklich noch weitere Katastrophen, um endlich zu verstehen?

Zu: Die Netzwerke der rechten Szene, DP 1/05

Die beste Prävention ist eine Wirtschaftspolitik, die sich nicht nur an den 10 % der Bevölkerung orientiert die 47 % des Kapitals besitzen.

**Hinrich Heidemann,
Hannover**

Zu: Schon wieder aktuell, DP 1/05

Herzlichen Dank für das Gedicht von Kurt Tucholsky auf Seite 2. Dieser Mann war nicht nur stets auf der Höhe seiner Zeit sondern dieser sogar voraus. Entstand dieses Gedicht doch in jenen Tagen als per Brüning'scher Notverordnung die Pensionen der Beamten um 5 Prozent auf 75 Prozent gekürzt wurden zur Bildung einer Pensionsrücklage, so die damalige Absicht. Dieses Geld floss offenkundig in die Kriegskasse, denn wo bitteschön sind denn diese seit nunmehr über 70 Jahren „angesparten Rücklagen“. Schröder ein Lambsdorff-Schüler? Diese Frage stellt sich immer drängender.

Rainer Aichele, Grömitz

Zu: Die bürolose Polizei oder das Ende des Gummibaums, DP 12/04

Die Begeisterung der Kollegen Richter und Holecek für das bürolose Büro kann ich nicht teilen. Bei diesem Konzept soll den Kolleginnen und Kollegen ein Ameisenkommunismus schmackhaft gemacht werden, der dem einzelnen Beamten signalisieren soll, dass er eine austauschbare Nummer ist, die es nicht wert ist, auch nur einen eigenen Stuhl zu besitzen. Es ist eine schlechte Neuauflage des Großraumbüros aus alten US-Krimis. Wo fahren die Beamten eigentlich ihre Vernehmungen durch, bewahren ihre persönliche Ausrüstung auf; kann man sich an diesen „Arbeitsinseln“ überhaupt konzentrieren? Jedenfalls ist ein gutes Betriebsklima nicht von Inseln abhängig.

Die gezeigten Fotos machen keinen einladenden Eindruck. So manches, was sich die Gehirne einiger Planer und Beratungsgurus schon ausgedacht haben, hat sich später als Flatus Encephalus (Hirnfurz) erwiesen, wie z. B. fensterlose Klassenzimmer. Die Dienststellen, die ich kenne, nutzen ihre Büros sehr wohl sinnvoll aus. Wenn irgendwelche Ideenverkäufer in der freien Wirtschaft kein Gehör mehr finden, versuchen sie im öffentlichen Dienst ihre neudeutschen Begriffe und Anglizismen loszuwerden. Ob es wohl auf den Toiletten dieses beschriebenen Gebäudes auch Anschlussmöglichkeiten für Laptops gibt, um den dortigen Aufenthalt sinnvoller nutzen zu können?

Übrigens freuen sich die Kriminellen darüber, wenn die Polizei möglichst viel mit sich selbst beschäftigt ist – mit Erhebungen, Statistiken, Projektgruppen, Zirkeln u. v. m., wie man in dem Buch von Roth: „Ermitteln verboten“ nachlesen kann. Ergänzend sei noch das gesundheitschädliche Debriefing erwähnt (s. Bild der Wissenschaft 9/2004).

Die genannten Begriffe Unternehmen, Firmennetz und Kunden sollten wir lieber nicht auf uns übertragen, da sie auch an Ex-Behörden wie die Post erinnern, die so mancherorts durch Bürgerunfreundlichkeit glänzt.

Dieter Frank, Neustetten

Zu: GdP-Aktion: Nichtraucher werden!, DP 11/04

Natürlich kann ich die Nichtraucher verstehen, die wollen alle 100 Jahre alt werden. Da sollten Sie aber auch konsequent alles meiden, was nur im Ansatz krank machen könnte und davon gibt es genug.

Lest doch bitte einmal die Dienstvereinbarung vom PP Rheinland-Pfalz durch, zum Schutze der Nichtraucher. Was bleibt uns denn da noch? Nach 36 Jahren Polizeidienst kann ich mich dann wie ein kleiner Junge im Hof unter das Schleppdach stellen und eine Zigarette rauchen, belächelt von jungen Kol-

leginnen und Kollegen, die noch nicht einmal auf der Welt waren, als wir von Marlboro/Styvesant/HB zum Raucher gemacht wurden.

Natürlich sollte man mit fast 59 Jahren diesem bösen Qualm abschwören, das ist leicht gesagt. Ich rauche seit 43 Jahren. Ich war deswegen noch nie krank und habe auch niemanden krank gemacht. Diese Aussage könnt Ihr genauso in Frage stellen, wie ich die Feststellung der vielen Toten durch Passivrauch. Da ist nichts, aber auch nichts im Einzelfall bewiesen.

**Willi Boywidt, PI Bad
Dürkheim**



Ich bin froh, dass die GdP dieses Thema endlich aufgegriffen hat und hoffe, dass auch aufgrund dieser Berichterstattung eine sachliche Auseinandersetzung auf den Dienststellen zu diesem Thema stattfinden kann. Auf unserer Dienststelle wurde von unserem Dienststellenleiter als Anordnung folgende Vereinbarung herausgegeben: Geraucht werden darf nur im Gemeinschaftsraum. Dabei ist die Tür geschlossen zu halten und der Raum ist zu lüften. Für mich als Nichtraucher bedeutet das, dass ich diesen Gemeinschaftsraum nicht nutzen kann. Mit dieser Einschränkung lässt sich gut leben, da die rauchfreien Vorteile überwiegen. Allerdings betrachten einiger Raucher die Vereinbarung als Personen gebunden. Das bedeutet, wenn ich da bin, wird die Tür vom Raucherraum geschlossen, wenn nicht, kann die ganze Dienststelle verqualmt werden. Das führt u. a. auch dazu, dass einige Kollegen sich in ihrer Rauchfreiheit eingeschränkt fühlen, sobald ich die Dienststelle betrete und es z. T. nicht abwarten können, bis ich wieder gehe. Sprüche (z. B. militanter Nichtraucher) sind an der Tagesordnung. Mit den entsprechenden Rauchern versuche ich, im Gespräch zu bleiben, um hier irgendwann eine Einsicht zu erreichen. Da ich fast der Einzige bin, der auf die Einhaltung der

Rauchvereinbarung besteht, werde ich nur als nörgelnder Einzelfall abgetan. Andere Kollegen, die ihren Dienst auch gerne rauchfrei versehen würden, trauen sich nicht, das Thema anzusprechen, da sie es sich nicht den Rauchern verderben wollen.

Letztendlich wäre es sinnvoll, eine Basis zu schaffen, bei der es der Raucher einsieht und versteht, dass man ihm nichts wegnehmen möchte, sondern sich nur wünscht, dass die bestehenden Vereinbarungen eingehalten werden. Es wäre wünschenswert, auch über die örtlichen Personalvertretungen Aufklärungsarbeit zu betreiben, damit nicht einige wenige, die auf ihren rauchfreien Arbeitsplatz bestehen, auf der Strecke bleiben.

Klaus Memom, Uelzen



Ich bin 55 Jahre alt. Meine Raucherkarriere begann mit 16 Jahren und endete vor 3 Jahren. 30 bis 40 selbst gedrehte filterlose Zigaretten waren mein inhaliertes Tagespensum.

Ich gehöre auch nicht zu jenen Nichtrauchern, die alles und jeden bekämpfen, die etwas mit Rauchen zu tun haben. Ich bauere die Leute, die noch rauchen, weil ich als einst eingefleischter Raucher weiß, wie schwer es ist, aufzuhören. Raucher sind meines Erachtens nicht weniger krank als Alkoholiker. Es gehört schon Willensstärke dazu, mit dem Rauchen aufzuhören.

Allen, die aufhören wollen: Es lohnt sich und es stärkt das Selbstbewusstsein.

**Karl-Heinz Bernardy,
Bad Breisig**

Neuausstattung des BGS mit blauer Uniform

Wie der Bundesminister des Innern, Herr Schily, verlauten ließ, soll der BGS in den nächsten Jahren mit einer neuen Uniform ausgestattet werden. Im Rahmen dieser Neuausstattung sollte man die Chance nutzen

und einiges Geld einsparen, indem man auf die Dienstgradabzeichen verzichtet. Intern kennt man die Kollegen/Vorgesetzten/Untergebenen (hoffentlich) und weiß, mit wem man es zu tun hat. Außenstehende wissen oft mit den Rangabzeichen nichts anzufangen, wie man es von der Anrede her: „Guten Tag Herr Wachtmeister“ kennt.

Ebenfalls könnte sich der BGS von den in manchen Köpfen spukenden „BGS-Soldaten“, wobei ich keinesfalls den Soldaten an sich herabsetzen will, trennen und noch mehr zu einer Polizeibehörde werden, wie er es auch jetzt schon in großen Teilen ist und es die neue Benennung „Bundespolizei“ endlich besagt.

Ich denke die Zeit der Hauptmänner und Generäle ist beim BGS vorbei und man arbeitet großheitlich in gleichberechtigten Teams mit unterschiedlicher Bezahlung.

Daher könnte meiner Meinung nach, auf die kostenaufwendigen Rangabzeichen verzichtet werden.

Dies soll auch der Arbeitsgruppe, die zum Entwurf der neuen Uniform eingerichtet wurde, als Denkanstoß dienen.

Walter Miß, per E-Mail

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de**

Trennt der Glaube die Kulturen? Holland: Wir haben den Dihad im Land

Von Berndt Georg Thamm

Insbesondere die Niederlande haben die nebenstehenden mahnenden Worte ernst genommen. Sybrand van Hulst, Chef des niederländischen Inlandsgeheimdienstes AIVD stellte im Dezember 2002 einen Bericht vor, in dem sein Dienst vor einer zunehmenden Gefahr durch in den Niederlanden rekrutierte Selbstmordattentäter des al-Qaida-Netzwerkes warnte und der sich vornehmlich mit den Persönlichkeitsprofilen der Werber (für den Dihad gegen den Westen) und der potentiellen Attentäter befasste. Danach konzentrierten sich die Anwerber auf Kinder und Kinderkinder nordafrikanischer Immigranten, die gut Niederländisch und schlecht Arabisch sprechen. In dieser Gruppe wurden schwerpunktmäßig 18 bis 32 Jahre alte Männer als besonders gefährdet eingestuft, die noch auf der Suche ihrer Identität sind

„Der islamische Terrorismus ist ein Exilphänomen. Achten Sie darauf, was sich hier (in Europa) tut. Vergessen Sie al-Qaida. Die Gruppe hat 14 ihrer 15 Minuten Ruhm gehabt (...) die nächsten Bin Ladens werden in den Vorstädten Frankreichs, Londons oder Kölns entstehen. Deutschland ist ein Zentrum des islamischen Exils. Hier wurden nicht nur Bin Ladens Selbstmordkommandos rekrutiert, hier warten zahllose ihrer Wiedergänger auf ihren Auftritt. Es sind junge Männer, die mit dem Leben abgeschlossen haben – Dead Men Walking – die fest entschlossen sind, die sie für Feinde halten, mit in den Tod zu ziehen.“

Warnung des Israeli Emmanuel Sivan von der Hebrew University (Jerusalem) an seine europäischen Kollegen auf einer islamwissenschaftlichen Tagung 2002

Internetforen, aber auch Gefängnissen, meist aber in Moscheen.

Integration – ein Irrtum?

Von allen Staaten Europas galten die Niederlande als die

„unter sich sein“ übersetzen, was mehr einer Toleranz des teilnahmslosen Nebeneinanders entsprechen würde. Es war und ist wohl mehr die letztere Version, die sich – auch noch Jahrhunderte später – auf die Gastarbeiter übertrug. Dennoch glaubten

nicht wenige, dass eben jenes teilnahmslose Nebeneinander Integration wäre.

In jüngster Zeit hatte die Niederländer aus diesem Multikulti-Traum erstmals der rechte Politiker Pim Fortuyn wachgerüttelt. Er prangerte Missstände der Integrationspolitik an. Von den rund 16 Millionen Niederländern sind heute 0,65 Prozent Marokkaner. Unter Teilen der Jugendlichen dieser größten ethnischen Minorität des Landes konnte eine Radikalisierung beobachtet werden, die – so Fortuyn – aus einer versäumten Integration rührte. Diese erfordere das Erlernen der Sprache und die Akzeptanz der Kultur des Gastlandes. So provozierte Fortuyn mit Sprüchen zur Ausländerpolitik, brachte insbesondere nach den Anschlägen des „11. September“ damit Bewegung in die holländische Politik. Am 6. Mai 2002 wur-



und der Gesellschaft vorwerfen, andere Ethnien und den Islam nicht zu respektieren. Die Kontakte zu den jungen Männern knüpfen die erfahrenen Dihadisten in Kaffeehäusern,

Heimstatt der Toleranz. „Onder elkaar zijn“ – Zusammensein, so hieß die gesellschaftssuchende niederländische Maxime seit dem 17. Jahrhundert. Man könnte diese Maxime jedoch auch mit

Drei Tage nach der Ermordung des islamkritischen Filmemachers Theo van Gogh in Amsterdam demonstrieren in Den Haag einige hundert Marokkaner für ein friedliches Zusammenleben von Niederländern und Ausländern. Auf mitgeführten Plakaten steht (v.l.n.r.) „Friedliches Zusammenleben in den Niederlanden“, „Dialog ist die Lösung“, „Keine Kugeln aber Wörter“.



Innenminister Remkes (l.) und Justizminister Donner bei der Parlamentsdebatte über schärferes Vorgehen gegen Extremisten am 11.11.2004 im Parlament in Den Haag.

de er von einem militanten Tierschützer erschossen. Die Folgen des „9/11“ und die verschärfte Einwanderungsgesetzgebung der Regierung Balkenende nach diesem Mord hatten dazu geführt, dass das Verhältnis zwischen Niederländern und marokkanischstämmigen Niederländern sich verschlechtert.

Mord mit islamistischem Hintergrund

Der Anschlag auf Fortuyn war der erste politische Mord in den Niederlanden seit über 300 Jahren. Über die Hintergründe der Tat hatte der Filmemacher Theo van Gogh den Dokumentarstreifen „06/05“ gedreht, der für die holländischen Kinos gedacht war. Zur Abnahme seines Films war er in Amsterdam per Fahrrad am 2. November 2004 auf dem Weg ins Filmstudio. In der Linneusstraat traf er auf seinen Mörder, einen 26-jährigen marokkanischstämmigen Niederländer. Dieser schoss den 47-jährigen van Gogh zunächst nieder, um dann mit einem Metzgermesser auf ihn einzustechen. Nachdem er seinem Opfer die Kehle durchgeschnitten hatte, fixierte er mit einem zweiten Messer eine mehrseitige in Niederländisch und Arabisch verfasste Drohbotschaft im Körper des Toten. In dieser hieß es u. a.: „Ich weiß sicher, oh Niederlande, dass

du mit Amerika und mit dem Westen untergehst (...) es wird keine Gnade geben für die, die Unrecht tun, nur das Schwert wird gegen sie erhoben. Keine Diskussionen, keine Demonstrationen, keine Aufmärsche, keine Petitionen: Nur der Tod wird die Wahrheit von der Lüge trennen.“

Nach der Tat flüchtete der Täter in den nahe gelegenen Oosterpark und suchte in einem Schusswechsel mit der Polizei erfolglos den Märtyrertod zu sterben. Verwundet wurde er festgenommen.

Der Täter – vom Paulus zum Saulus

Der in Amsterdam geborene Mohammed Bouyeri besaß sowohl die niederländische als auch die marokkanische Staatsbürgerschaft. In Holland machte er sein Abitur und fing ein Studium der Betriebsinformatik an – sozusagen eine Bilderbuchkarriere für ein Migrantenkind. Nach dem „9/11“ gab er jedoch sein Studium auf und suchte Heil und Halt in der Religion. Er besuchte die Al-Tawheed-Moschee, die ob vieler islamistischer Besucher unter Beobachtung des AIVD stand. Er fiel in der Folge

dem Dienst mehrfach auf, schien sich zu radikalisieren. Dennoch wurde er nicht zum Kreis der „Gefährder“ gezählt. Rückblickend hatte er sich offenbar doch auf die Welt des islamischen Extremismus eingelassen – der niederländische Justizminister Piet Hein Donner sprach nach der Verhaftung Bouyeris jedenfalls davon, dass der Mörder kein Einzeltäter wäre, sondern Teil „einer breiteren Bewegung.“

Die Soldaten des Bösen – das Mordmotiv

Der Regisseur Theo van Gogh, ein Urgroßneffe des Malers Vincent van Gogh, war ein markanter und provokanter Künstler. Als überparteilicher Bürgerschreck bekämpfte er mit seinen Mitteln kugelnde Politiker, überfromme Katholiken, politisch überkorrekte Protestanten und militante Muslime gleichermaßen. Letztere missbrauchten seiner Ansicht nach die niederländische Gastfreundschaft.

Noch deutlichere islamkritische Worte sprach die aus Somalia stammende Politologin Ayaan Hirsi Ali aus. Die 36-jährige naturalisierte Afrikanerin hatte sich – nach leidvoller Sozialisation – vom Islam losgesagt. Als Abgeordnete der rechtsliberalen Regierungspartei VVD saß sie seit April 2003 in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments und kämpfte insbesondere gegen die Brutalität muslimischer Männer gegen ihre Frauen in den Niederlanden. Vor diesem Hintergrund wurde

sie schon länger bedroht. Van Gogh nahm dieses zum Anlass, der Abgeordneten mit filmischen Know-how unter die Arme zu greifen:

Nach einem Drehbuch von Frau Hirsi Ali produzierte er den Elf-Minuten-Film „Submission“ (Unterwerfung) der am 29. August 2004 in der TV-Sendung „Zomergasten“ (Sommergäste) der VPRO ausgestrahlt wurde. Der Streifen prangerte die häusliche Gewalt des Patriarchats in muslimischen Familien an. In provozierender Weise ging der Filmemacher dabei mit islamischen Glaubenssymbolen um. So war z. B. der halbnackte Rücken einer Frau zu sehen, auf dem frauenfeindliche Koranverse projiziert waren.

Nach Katholiken, Holländisch Reformierten und Calvinisten stellen rund eine Million arabisch und türkische Muslime die viertgrößte Religionsgemeinschaft in den Niederlanden. Fünf Prozent davon – 50.000! – werden von den Sicherheitsbehörden zu den Radikalen gezählt. Von den radikalsten Islamisten sind rund 150 in einer Liste erfasst. Sie gehören zum Personenkreis der Gefährder, die vom AIVD observiert werden.

Einen Tag nach der Ausstrahlung waren Regisseur und Drehbuchautorin bereits auf einer Website von radikalen Muslimen bedroht worden. Rund zwei Monate später wurde van Gogh ermordet.

Mit seinem Tod wurde auch Frau Hirsi Ali gleichermaßen

TERRORISMUS

bedroht. In dem Schreiben, das der Mörder am Körper des Opfers hinterlassen hatte, wurde ihr ein regelrechtes Todesurteil angedroht. Im Pamphlet hieß es: „Du hast mit deinen Feindselig-

marokkanischstämmige sozialistische Politikerin Mimout Bousakla, den früheren Justizminister Philippe Moureaux und die amtierende Justizministerin Laurette Onkelinx.

sollte. Die Spur der Portugiesen führte in die Niederlande: Einige der mutmaßlichen arabischen Terrorverdächtigen sollen in Verbindung zu jener islamistischen Terrorzelle gestanden haben, die

Führer“ des so genannten „Hofstad“-Netzwerks gehabt haben. Die „Hofstad“-Gruppe besteht aus islamistischen Arabern mit Verbindungen nach Spanien und Belgien. Al Issar, Wanderprediger und Drogenhändler, pendelte zwischen den Niederlanden und Deutschland, wo er mit Unterbrechungen seit 1997 im Asylbewerberheim Olsberg gewohnt hatte. Die niederländischen Behörden sehen in Al Issar ein Mitglied der terroristischen Gruppe „Takfir wa Hidschra“ (Abkehr von Sünden und Auszug), die als eine der radikalsten im weltweiten islamistischen Spektrum gilt und mit Schaltstellen des globalen Jihad-Terrorismus verbunden ist. Van Goghs Mörder wird im Zusammenhang mit diesen „Takfiris“



In der Nacht des 10.11.2004 ging diese islamische Grundschule im niederländischen Uden in Flammen auf. Nur Stunden nach der Beisetzung des ermordeten Van Gogh am Abend des 9.11. hatten Unbekannte in einer Koranschule und einer Moschee Feuer gelegt. Auf die Wände der völlig niedergebrannten Schule in Uden bei Eindhoven schrieben sie noch: „Theo, ruhe in Frieden“.

keiten gegen den Islam einen Bumerang losgeworfen. Du weißt, dass dieser Bumerang zu dir zurückkommen wird. Ich weiß sicher, dass du, oh Hirsi Ali, untergehen wirst.“

Die als „Soldatin des Bösen“ bedrohte Politikerin, die konkret um ihr Leben fürchten musste, tauchte erst einmal ab.

Wir haben den Jihad im Land

Die Ermittlungsarbeit der Strafverfolger machte in der Folge deutlich, dass die VVD-Abgeordnete nicht die einzige Politikerin ist, die von Islamisten bedroht wurde.

Zu den Bedrohten gehörten in den **Niederlanden** der Vorsitzende der VVD Jozias van Aartsen und der Abgeordnete Geert Wilders, sowie der Bürgermeister Amsterdams Job Cohen.

In **Belgien** zielten Todesdrohungen z. B. gegen die

Bekannt wurde auch ein regelrechtes Mordkomplott in **Portugal** gegen den früheren Ministerpräsidenten und heutigen EU-Kommissionsvorsitzenden Barroso. Wie der ehemalige portugiesische Polizeichef Adelino

für den Mord an van Gogh verantwortlich gemacht wurde. Das islamistische Hit-Team soll seinerzeit mit einem PKW unterwegs gewesen sein, das dem van Gogh-Mörder Bouyeri gehört haben soll. Und einer der

„Holland macht uns natürlich Sorge... Selbstverständlich sind wir mit der Tatsache konfrontiert, dass in Europa Islamisten leben, die gewalttätig (sind), zur Gewalt neigen, die Hass predigen. Bei diesem Personenkreis müssen wir auch klarere Grenzen ziehen, müssen auch sagen, diese Menschen haben in unserem Land nichts zu suchen.“

Otto Schily im Interview mit Berlin direkt (ZDF) am 14.11.2004

Salvado Mitte November 2004 der Tageszeitung „Diario“ bestätigte, hatten seine Beamten Hinweise, dass Barroso im Juni letzten Jahres wahrscheinlich am Vorabend des Eröffnungszeremonie der Fußball Europa-Meisterschaft ermordet werden

damaligen Hauptverdächtigen, ein Marokkaner, soll mit Bouyeri in Amsterdam in einer Wohnung gelebt haben.

Derartige Wohnkontakte soll auch der in Syrien geborene Redouan Al Issar, „spiritueller

gesehen. Dementsprechend, so der Rechtsliberale von Aartsen, steht die Bevölkerung einer Gruppe radikaler Moslems gegenüber, „die uns als Feind betrachtet und mit denen wir praktisch im Krieg sind“. Wir haben, so der VVD-Chef, den Jihad im Land.

Holland in Not – Deutschland bedroht?

Der Mord an van Gogh löste in ganz Europa, auch in Deutschland, eine erregte öffentliche Diskussion aus. Gut zwei Wochen nach der Untat hieß es im Leitkommentar der „Welt“ vom Chef des Axel-Springer-Verlages Mathias Döpfner unter der Überschrift „Europa – dein Name ist Feigheit“ persönlich verfasst: „Was muss noch passieren, bis die europäische Öffentlichkeit realisiert: Es herrscht eine Art Kreuzzug, eine besonders perfide, auf Zivilisten konzentrierte, gegen unseren

freien, offenen, westlichen Gesellschaften gerichtete System-Attacke fanatischer Muslime.“

Politisch, insbesondere sicherheitspolitisch, wurde vor allem über Scheitern und Chancen der multikulturellen Gesellschaft gestritten. Bundeskanzler Schröder (SPD) warnte davor, die Integrationsdebatte unnötig anzuheizen. „Für jede Art von innen- und außenpolitischen Kreuzzug eignet sich das Thema zu allerletz.“

Altkanzler Helmut Schmidt (SPD) hingegen sah das Modell einer multikulturellen Gesellschaft nur schwer vereinbar mit der Demokratie. Bislang funktionieren diese nur dort friedlich, wo es einen starken Obrigkeitsstaat gebe, sagte er und nannte Singapur als Beispiel. Eine Ursache für das Misslingen der Integration liegt nach den Worten Schmidts in der Feindseligkeit gegen andere Religionen.

Der SPD-Innenpolitiker Wiefelpütz hatte zuvor schon vor dramatischen Konflikten zwischen Christen und Muslimen auch in Deutschland gewarnt und mahnte: „Man muss die Situation hier nicht dramatisieren,

Niederlanden“. Diese, so fürchten nicht nur Unionspolitiker, können in unseren großstädtischen Ballungszentren passieren, wo es mittlerweile regelrechte Ghettos gebe, in denen islamische Parallelwelten entstanden sind.

Parallelwelten der Islamisten

Die auch in Deutschland nun laut erwähnte Parallelgesellschaft muslimischer Bevölkerungsteile ist beim Nachbarn Frankreich, so ein Beamter des dortigen Innenministeriums, „schon seit langem ein Fakt“. In den Vororten der Großstädte herrschen Banden der Immigrantenjugend. Von insgesamt 1.685 Moscheen und Gebetshäusern sind nach Einschätzung der Sicherheitsdienste 50 fest in der Hand von islamistischen Radikalen, die vor allem unter der Jugend Zulauf finden. Sie kontrollieren soziale Treffpunkte wie Kindergärten, Restaurants und Büchereien. Beunruhigend ist insbesondere, dass die Moscheen

Mitte Dezember meldete das „NRC Handelsblad“ unter Berufung auf eine Studie der Anne-Frank-Stiftung und der Universität Leiden, dass die Niederlande nach dem van Gogh-Mord 174 gewalttätige Vorfälle mit rassistischem oder rechts-extremem Hintergrund verzeichnen mussten. In 60 Prozent waren Muslime die Opfer, in 47 Fällen Moscheen das Ziel. Sind die Niederlande zum „Frontstaat im Kampf der Kulturen“ geworden, wie es René Cuperus von der sozialdemokratischen Wiardi-Beckmann-Stiftung vermutete?

zösisch. Für völlig inakzeptabel hält dies Innenminister Dominique de Villepin und fordert: „Wir müssen in Frankreich französische Imame haben, die unsere Sprache sprechen und die Gesetze der Republik respektieren“.

Analoge Forderungen werden mittlerweile auch in Deutschland gestellt. Hier haben sich, so heißt es in einem Expertenbericht für die Innenministerkonferenz, kriminelle ethnische Subkulturen inzwischen so abgeschottet, dass sie für die Polizei kaum noch zu durchdringen sind. Nicht nur die libanesisch-kurdische Kriminalitätsszene lebt nach eigenen Gesetzen. Auch unsere Schutzorgane gehen davon aus, dass von über 2.000 offiziellen Moscheen und Gebetshäusern in Deutschland über 100 von nachrichtendienstlicher Relevanz sind. Nicht immer lässt sich nachvollziehen, woher die Spenden für Bau und Gemeindegemeinschaft kommen.

Etlliche Imame sind quasi als Wanderprediger tätig. Sie reisen aus der Türkei, Saudi-Arabien oder Jordanien vorübergehend in Deutschland ein. Um Hasspredigern entgegenzuwirken, werden zunehmend deutsche Imame eingefordert, die Deutsch sprechen und unsere Gesetze respektieren.

Es ist völlig unstrittig, dass bei uns und in den anderen Staaten Europas Millionen Muslime friedlich leben. Doch auch sie müssen ein Erstarren des Islamismus in den letzten Jahren zur Kenntnis nehmen. Als von außen stammende Gefahr bedrohen die Radikalsten unter ihnen Europa als Djihaad-Terroristen. Mit dem van Gogh-Mord ist dem alten Kontinent vor Augen geführt worden, dass parallel zur Bedrohung von außen mitten unter uns eine Bedrohung von innen entstanden ist.

Der Islam, so van Goghs Mörder in seinem Drohschreiben, wird „das Böse mit dem Schwert zurück in sein dunkles Loch treiben“. Holland ist überall, hieß es in den Medien nach dem Mord – und Holland hat den Djihaad im Land.



03.11.2004:
Trauer um Theo van Gogh in Amsterdam. An dieser Stelle wurde der islamkritische Filmemacher am 02.11.2004 auf offener Straße erstochen.

Fotos (4): dpa

darf aber nicht so naiv sein zu glauben, wir seien gefeit vor Gewaltexplosionen wie in den

und die etwa 1.200 Imame aus dem Ausland finanziert werden, vornehmlich aus Saudi-Arabien,

Marokko und Algerien. Drei von vier Imamen sind keine Franzosen, ein Drittel spricht kein Fran-

Äußerung „Holland ist überall“ ist unsinnig

Herr Prof. Thränhardt, sind die niederländischen Verhältnisse bzw. Probleme in punkto Migration mit denen in Deutschland vergleichbar?

Die Niederlande weisen in Bezug auf ihre Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur große Ähnlichkeiten mit Deutschland auf, das gilt auch für die Prozentsätze der Migranten. Wichtige Unterschiede sind aber:

Erstens die sehr viel stärkere und zunehmende Wohnsegregation in den Niederlanden. Die Mehrheit der Immigranten in den Niederlanden lebt in den vier großen Städten – der „Randstadt Holland“ Amsterdam, Rotterdam, Den Haag und Utrecht. Auch innerhalb dieser Städte besteht eine starke Segregation, die in den letzten Jahren noch zugenommen hat. Im Gegensatz dazu nimmt die Segregation in Deutschland ab, unter anderem weil Einwanderer gleichen Zugang zum sozialen Wohnungsbau haben. Die deutsche Politik hat sich stärker als die niederländische auf die soziale und ökonomische Gleichberechtigung der Zuwanderer konzentriert, u. a. durch gleiche Rechte in den Betrieben und bei der Wahl der Betriebsräte.

Zweitens hat die niederländische Regierung 1995 erklärt, die Niederlande seien in Bezug auf ihre multikulturelle Politik allen anderen europäischen Ländern voraus. Die offizielle niederländische Politik des Multikulturalismus hat aber die Unterschiedlichkeit der Kulturen immer stark in den Vordergrund gestellt. Seit 1991 wird immer eindringlicher ein positives Bild der Niederlande entworfen, in dem diesen Liberalität und Toleranz zugeschrieben wird. Kontrastierend dazu wird ein Bild eines nicht integrationsfähigen Islams entworfen. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war der Wahlerfolg Pim Fortuyns, der die niederländische Toleranz vor allem auf seine eigene Homosexualität bezog und Stellungnahme moslemischer Geistlicher dagegen geißelte,

Die jüngsten Ereignisse in Amsterdam waren Auslöser für allerlei Vermutungen, Statements und Sichtweisen, ob ein Anschlag in Deutschland ähnliche Reaktionen auslösen könnten, wie nach der van-Gogh-Ermordung in den Niederlanden.

DP sprach darüber mit dem Politikwissenschaftler und Migrationsforscher Prof. Dr. rer. soc. Dietrich Thränhardt vom Institut für Politikwissenschaften der Universität Münster.

während entsprechende Positionen christlicher Geistlicher unbeachtet bleiben. Dieser Diskurs setzte sich mit Theo van Gogh fort, der aggressive und beleidigende

Unser Gesprächspartner

Prof. Dr. rer. soc. Dietrich Thränhardt, Politikwissenschaftler und Migrationsforscher vom Institut für Politikwissenschaften der Universität Münster.



gende Äußerungen über den Islam machte, die in vielen Ländern strafbar wären (Mohammed sei ein „Ziegenficker“). Hier geht es um die Unterdrückung der Frau in der islamischen Kultur.

Verbunden ist diese Debatte mit der Kriminalität und Unsicherheit auf den Straßen, wobei die Probleme der entwickelten Narko-Industrie und des Drogenhandels in den Niederlanden stärker zu gewichten wären.

Drittens ist vor allem die jüngere Generation der Einwanderer in den Niederlanden ökonomisch stärker ausgegrenzt als in Deutschland. Die Diskrepanzen zwischen der einheimischen und der zugewanderten Bevölkerung bei der Arbeitslosigkeit und beim Bildungserfolg sind in den Niederlanden größer. Während man in Deutschland von einer strukturellen Benachteiligung von 1:2 ausgehen muss, ein Ausländer

also die Hälfte des Bildungserfolgs eines Deutschen hat und eine doppelt so hohe Chance, arbeitslos zu werden, ist der Unterschied in den Niederlanden höher und erreicht teilweise die Dimension von 1:4. Während viele Zuwanderer in Deutschland Teil der Stammebelegschaft der Betriebe sind, sind die Migranten in den Niederlanden stärker randständig. Vergleichsuntersuchungen der Internationalen Arbeits-Organisation zeigen auch, dass in den Niederlanden bei der Einstellung stärker diskriminiert wird als in Deutschland.

Aus diesen Gründen sind alarmierende Bewertungen wie „Holland ist überall“ unsinnig.

Gäbe es aus Ihrer Sicht in Deutschland genügend extremistisches Potential, das zu ähnlichen Gegenreaktionen wie in den Niederlande fähig wäre? Könnte es hier genauso tätig werden oder wäre hier präventiv mehr machbar?

In den Niederlanden ist der Anteil der Marokkaner höher als in Deutschland. Vor allem junge Marokkaner stehen in den Niederlanden seit langem negativ im Blickpunkt von Polizeiexperten und der Öffentlichkeit, während sie in Deutschland als relativ unauffällig gelten. Der größte Teil der Moslems in Deutschland ist türkischer Herkunft. Da die Türkei kein arabisches Land ist, seit achtzig Jahren eine säkulare Tradition hat und der türkische Islam sehr viel weniger in gesamtislamische Zusammenhänge eingebunden ist, ist das Potential für terroristische Aktivierung hier geringer.

Jahrzehntelang ist der radikale Islamismus von Saudi-Arabien aus finanziell und ideell gefördert worden, während des Afghanistan-Konflikts seit 1980 auch mit amerikanischer Unterstützung. Die Potentiale und Identifikationen junger Moslems hängen vor allem mit einer solchen Herkunft zusammen (der Hauptteil der Attentäter vom 11. September waren saudische Staatsangehörige). Daneben spielen der Palästina-Konflikt und neuerdings der Irak-Konflikt eine Rolle – alles Dinge, von denen Türken und Kurden wenig betroffen sind. Von diesen Gefahren ist der iranische Staatsterrorismus abzugrenzen, der anscheinend nachgelassen hat.

Welche Lösungen braucht Deutschland, damit aus „Multi-kulti“ wirkliche Migration werden kann? Oder ist der Zug bereits abgefahren?

Deutschland hat niemals eine konsequente multikulturelle Politik gehabt, auch wenn es solche Elemente gegeben hat, etwa in der langjährigen bayerischen Politik der nationalen Klassen für Anwerbe-Ausländer oder in der bis heute dort bestehenden Verantwortlichkeit der Konsulate für den muttersprachlichen Unterricht.

Notwendig ist eine Politik der Gleichberechtigung und der realen Integration in allen Bereichen, Defizite bestehen vor allem in der Bildung und bei der Einbürgerung. Wichtig ist auch der volle und sofortige Zugang zum Arbeitsmarkt. Daneben muss den Einwanderern auch die Identifizierung mit Deutschland erleichtert werden. Dies wäre leichter, wenn sich in Deutschland ein offener Konsens um die Werte und Strukturen entwickeln würde, auf die das Land stolz sein kann, wie das Grundgesetz, die internationale Offenheit, der Friedenskonsens, das solidarische Sozialsystem und die Bereitschaft zu humanitärer Hilfe.

Das Gespräch führte Marion Tetzner

„EASy – unverzichtbar bei der Fallbearbeitung“

Internationaler Terrorismus und Organisierte Kriminalität – die bayerische Polizei geht schon seit 2003 mit einer schlagkräftigen Software wirkungsvoll gegen diese und andere Formen der Schwerkriminalität vor. EASy (Ermittlungs- und Analyseunterstützendes EDV-System) heißt die Profilösung zur vernetzten Fallbearbeitung. Bereits nach knapp einem Jahr Echtbetrieb in Bayern bewährte sich die Philosophie einer zentralen Ermittlungsdatenbank, so die einhellige Meinung der Beamten.

EASy verbesserte die kriminalpolizeilichen Ermittlungen spürbar und empfiehlt sich damit auch als Modell für weitere Bun-

desländer und Staaten. Lokale Fallbearbeitung mit allem Komfort und automatisierte Weiterleitung der Daten an ein (bisher) bayernweites Zentralsystem bieten den regionalen Ermittlungsbeamten neue, Fall übergreifende Ermittlungsansätze.

Von der Effektivität des Programms überzeugten sich Ende November Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, und der bayerische GdP-Landesvorsitzende Gerhard Keller. Sie waren Gäste des Bayerischen Landeskriminalamtes, der Polizeivizepräsidentin des BLKA, Petra Sandles, und des Leitenden Kriminaldirektors und Leiters der Ermittlungsabteilung, Josef Geißdörfer. Der stellvertretende EASy-Projektleiter Gerald Eder stellte die Anwendung vor.

Der Erfolg der Software blieb auch den Bundesbehörden und

dem Bundesministerium des Innern nicht verborgen. Noch im Januar ließ das Bundeskriminalamt EASy in einem Vergleichstest zur Ermittlungssoftware INPOL-Fall begutachten. Die prägnanten Fragen lauteten hier: Inwiefern ergänzen sich EASy und INPOL und ist eine befruchtende Arbeit mit beiden Systemen realisierbar? Mit Resultaten ist Anfang Februar zu rechnen.

EASy-Erfolge

EASy ist zwar ein „junges“ System, dennoch wurde es bereits erfolgreich in die bayerische Verbrechensbekämpfung integriert und ist in der Bearbeitung komplexer polizeilicher Ermittlungsverfahren nicht mehr wegzudenken. Rund 4.000 Kriminalbeamte nutzen die Ermittlungs- und Analysedatenbank in zirka 50 Dienststellen. Durch das breit gefächerte Anwendungsspek-

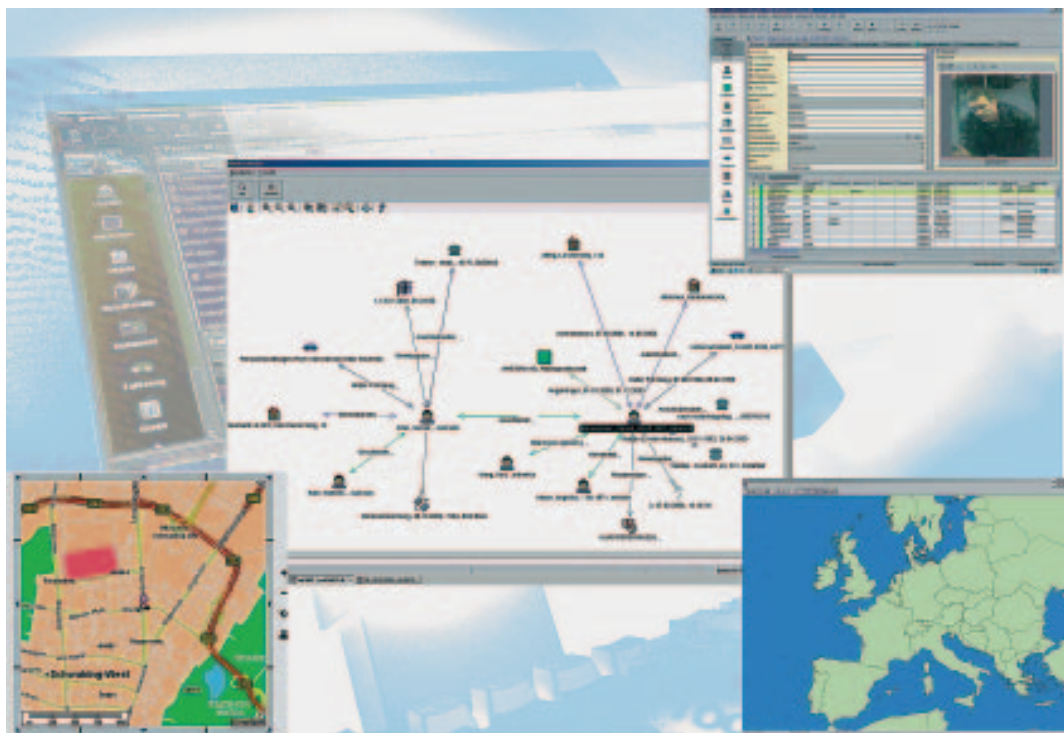
trum wie Organisierte Kriminalität, Staatsschutz, Terrorbekämpfung, Rauschgift- und Wirtschaftskriminalität sowie alle SOKOs werden derzeit 1.441 komplexe Ermittlungs- und Strukturverfahren mit der Ermittlungsdatenbank bearbeitet.

Natürlich war EASy auch im Mordfall des Modezaren Rudolph Moshammer äußerst erfolgreich im Einsatz.

Im Detail beinhalten die Verfahren knapp 300.000 erfasste Personen, rund 200.000 registrierte Ereignisse, über 25.000 Straftaten und mehr als 400.000 erfasste Kommunikationsmittel. Mittlerweile sind fünf Millionen Datenobjekte sowie über 23 Millionen Verknüpfungen in EASy hinterlegt.

EASy-Möglichkeiten

EASy überzeugt in der Praxis vor allem durch seine vielfältigen Arbeitsmöglichkeiten: Das System bietet alle Arten von Such-, Auswerte- und Analysefunktionen an. Schriftstücke und Dokumente sind als Quellen und in die Volltextrecherche integrierbar. Solche Quellen lassen sich mit anderen Daten verknüpfen oder in ganzen Gruppen einfügen. Der Gang zur Akte in Papierform wird dadurch entbehrlich. Es werden frei bestimmbar Formulare und Listen erstellt. Durch ein enthaltenes Geo-Informationssystem ist es möglich, Objektdaten online auf Karten darzustellen. Im integrierten Visualisierungstool oder über die vorhandene Schnittstelle zu professionellen Analysewerkzeugen werden jegliche Objekte und deren Relationen grafisch verdeutlicht. Vor allem schätzen die Sachbearbeiter das integrierte Modul zur Überwachung der Telekommunikation (TKÜ) und die Anschlussinhaberfeststellung. Damit können sie die hier anfallenden Daten erfassen und auswerten. Neben der enormen Zeit- und Ressourceneinsparung ist damit auch eine neue Qualität der Ermittlung erreicht. Die-



EASy hat mehr Kapazitäten, als nur in Bayern zu agieren. Ein deutschland- bzw. europaweiter Einsatz wäre durchaus realistisch.



Autor und stellvertretender EASy-Projektleiter Gerald Eder vom Bayerischen LKA während einer Präsentation. Foto: BLKA

se Vorteile sind ebenfalls mobil zum Beispiel durch ein Laptop am Tatort nutzbar.

Lokal erfasste Daten werden automatisch in dem zentralen Informationssystem zur Recherche bereitgestellt. EASy bietet Schnittstellen zu vorhandenen Systemen wie INPOL oder der Vorgangsverwaltung. Es meldet, wenn sich zwei Systemnutzer unabhängig voneinander mit

gleichen Personen, Sachen oder Tatbeständen befassen. 40.000 solcher Meldungen hat die Bayerische Polizei seither von EASy erhalten. Die Software kann durch ihre Mehrsprachigkeit Länder übergreifend angewandt werden und trägt so zur Kooperation der Ermittler bei. Nicht zuletzt gilt EASy mit seiner Windows-Oberfläche als äußerst benutzerfreundlich. *Eg*

KARTENSICHERHEIT

Bei Kartendiebstahl künftig eine Nummer: 116 116

Deutschland führt als erstes EU-Land eine spezielle Notrufnummer zum Sperren abhanden gekommener Bankkarten, Mobilfunkkarten und anderer elektronischer Berechtigungen ein. Unter der Rufnummer 116 116 wird Mitte nächsten Jahres ein bundesweiter Sperrdienst eingerichtet, der aus dem Inland entgeltfrei erreichbar ist.

Bundesinnenminister Otto Schily, der die Projektidee als Schirmherr bis zum Ausschreibungsbeginn begleitet hat, ermutigt alle Banken, Kreditkartenunternehmen, Mobilfunkanbieter und andere Kartenanbieter sich dem Sperr-Notruf anzuschließen, um ihren Kunden diesen Schutz zu bieten: „Nur wenn möglichst alle den neuen

Service nutzen, ist ein effektiver Schutz der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet.“

Als Ausschreibungsgewinner wurde am 21.12.04 Sperr e.V. bekannt gegeben – ein Verein für Sicherheit in der Informationsgesellschaft und Partner der Initiative D21.

Allein für das Sperren von EC- und Kreditkarten existieren in Deutschland bisher mehr als 100 Servicenummern. Rund 6 Millionen Sperrungen werden pro Jahr in Deutschland vorgenommen, schätzt der Sperr e.V. Der Verein rechnet, dass potenziell mindestens 40 Millionen Euro Schäden allein durch das schnellere Sperren der Zahlkarten und Kundenkarten verhindert werden könnten.

nach BMI-Pressemitteilung

„Das war nicht anders zu erwarten“, kommentierte der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg den Fehlschlag. „Die GdP hat immer den Kleinen Waffenschein zusammen mit der Registrierung von Käufer und Waffe gefordert, aber den Ländern war der mit der Registrierung verbundene Verwaltungsaufwand zu groß.“ Das Fatale dieser Entwicklung: nach wie vor stellen Gaspistolen mit über 50 Prozent die Tatmittel bei so schweren Straftaten wie Raub- oder Banküberfällen. Konkret: im Jahr 2003 waren 54,9 Prozent der bei Straftaten eingesetzten Waffen erlaubnisfrei (was den Besitz angeht) 38,3 Prozent kamen aus illegalem und 3,8 Prozent aus legalem Besitz.

Mit großer Sorge sieht die GdP eine Verschiebung des Käuferinteresses von der Gaspistole hin zu Soft-Air-Pistolen, täuschend echten Nachbildungen scharfer Pistolen. Wie in DEUTSCHE POLIZEI, November 2004, Seiten 18-21 berichtet, hatte die GdP den Bundesinnenminister und die innenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen auf den Widersinn aufmerksam gemacht, Softair-Nachbildungen von Pistolen und sogar von Maschinenwaffen als Spielzeug zu betrachten.

Sie können also frei erworben und auch geführt werden. Freiberg: „Die Fälle lebensgefährlicher Begegnungen häufen sich; über Notruf alarmierte Polizisten treffen immer öfter auf junge Menschen, die in aller Öffentlichkeit mit diesen Soft-Air-Waffen hantieren. Wenn der erste Jugendliche erschossen wurde, weil unsere Kolleginnen und Kollegen von einer ernsthaften Bedrohung ausgehen mussten, ist das Geschrei groß.“ Daher fordert

Kleiner Waffenschein – Flop des Jahres

Als „Flop des Jahres“ hat sich nach Recherchen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) der so genannte Kleine Waffenschein erwiesen, der seit Inkrafttreten des neuen Waffengesetzes für das Führen von Gaspistolen notwendig ist. So sind in Hamburg bis Dezember 2004 für gerade einmal 2,5 Prozent der nach Schätzungen im Umlauf befindlichen Gaspistolen solche Waffenscheine beantragt worden, nämlich 2.257 Stück. In Berlin sind es knapp 3.000, in Dortmund etwas über 2.000 und in München rund 1.100 Anträge. Der Gesamtbesitz an Gaspistolen im Bundesgebiet wird auf mehr als 15 Mio. Waffen geschätzt.

die GdP das Verbot des Führens auch von Gegenständen, die echten Waffen täuschend echt nachgebildet sind.

Für die GdP ist die Verbindung zwischen dem Ausbleiben an Anträgen auf den Kleinen Waffenschein und dem zunehmenden Interesse an Soft-Air-Waffen offensichtlich: Vielen Leuten ging und geht es nicht um das Schutzbedürfnis, sondern um das Imponiergehabe. Wer sich tatsächlich schützen will, soll sich eine Reizstoffsprühdose kaufen. Dafür braucht man keine Erlaubnis, und sie wirkt besser als jede Gaspistole. Mitte Januar 2005 hat im

Bundesinnenministerium ein erstes Gespräch aufgrund der

dass das Anliegen der GdP auf Verständnis stößt, weil man auch dort das Problem sieht, das sich Polizisten stellt, wenn sie auf Personen mit Soft-Air-Waffen treffen. Dieses Problembewusstsein stellt sich inzwischen auch in immer mehr Ländern ein.

Dabei ergibt sich eine paradoxe Situation: Einerseits will man ein mögliches rechtliches Verbot des Führens zumindest von Maschinenwaffen-Imitaten mit einer entsprechenden statistisch nachweisbaren Fallzahl stützen, wenn man denn schon den Gesetzgeber bemühen muss. Andererseits drängt es sich geradezu auf zu handeln, bevor der von Fachleuten befürchtete Fall eintritt, dass ein Polizist im Glauben einer unmittelbaren Lebensbedrohung einen Menschen erschießt, der mit einer solchen Soft-Air-Imitation gedroht hatte. Genau aus diesem Grund bleibt die GdP hartnäckig am Ball. **W. D.**

Vorfälle mit Soft-Air-Waffen

Bislang ist es in erster Linie dem überlegten Vorgehen der Kolleginnen und Kollegen zu verdanken, dass es bei den Begegnungen zwischen mit Soft-Air-Waffen bewaffneten Personen und der Polizei nicht zum Schusswaffengebrauch gekommen ist. Hier nur einige Vorfälle:

7. Juni 2004: Zwei Beamte der Ansbacher Autobahn-Polizei entdeckten bei der Überprüfung eines Autobahnparkplatzes zwei Männer, die hinter einem geparkten Pkw mit Maschinenpistolen hantierten. Bei der Überprüfung (unter strengster Beachtung der Eigensicherung) stellte sich heraus, dass es sich um Soft-Air-Waffen handelte.

13. Juni 2004: Eine Polizeiinspektion in Parsdorf erhielt

Soft - Air Waffen ab 14 Jahre (Energie >0,08 Joule und <0,5 Joule) Kennzeichnung: E <0,5 Joule
Das Führen ist ohne Waffenschein erlaubt.

MP M4 RIS Artikel Nr. 208425

Softairgewehr der Firma Umarex mit Federndrucksystem. Ausführung mit einschiebbarer Schulterstütze, Frontgriff und Weaver-Rail-Handschutz.

Der Handel macht Reklame: „Das Führen ist ohne Waffenschein erlaubt“, heißt es in dem Werbetext im Internet zum Angebot eines Sturmgewehrs in Soft-Air-Version.

abends über Notruf die Mitteilung, wonach ein junger Mann mit einer Maschinenpistole aus einem Haus heraus auf die Straße zielte. Die Waffe war eine originale Nachbildung der bei der Polizei eingeführten Maschinenpistole MP-5, eine Soft-Air-Waffe. Der junge Mann hatte sich nach eigenen Angaben keine Gedanken über sein Tun gemacht, er fand es „einfach nur aufregend“.

18. Juli 2004: Ein 16-Jähriger wollte sich einen Scherz erlauben, indem er in Tarnkleidung und mit einer Maschinenpistole bewaffnet seinen Nachbarn erschrecken wollte. Ein anderer Nachbar beobachtete dies und alarmierte die Polizei. Tatmittel war eine Soft-Air-Waffe.

23. November 2004: Ein Zeuge alarmierte die Polizei, weil ein Mann im Tarnanzug mit einer Maschinenpistole bewaffnet über den Zaun einer Schule kletterte; noch bevor der Verdächtige zwei Schüler ins Visier nehmen konnte, forderten ihn Polizisten zum Fallenlassen der Waffe auf. Tatmittel war wiederum eine Soft-Air-Waffe. Nach Angaben der Behörde hatte der Verdächtige mit den beiden Schülern „Krieg spielen wollen“.

5. Dezember 2004: Zeugen meldeten in Hannover der Polizei, dass zwei Männer auf einem ehemaligen Firmengelände Zielübungen mit Gewehren durchführen würden. Die Polizei stellte bei den Verdächtigen ein M-16 Sturmgewehr und eine MP-5 Maschinenpistole in Soft-Air-Ausführung sicher.

8. Dezember 2004: Über Notruf „110“ kamen bei der Polizei in Kiel mehrere Anrufe herein, die von bewaffneten Männern vor einer Sparkassen-Filiale sprachen. Beamte der Polizeistation Friedrichs-ort erreichten als Erste den Einsatzort und forderten mit vorgehaltenen Dienstwaffen die Verdächtigten auf, die Waffen auf den Boden zu richten und sich nicht zu bewegen. Zwei der Jugendlichen im Alter von 15 und 17 Jahren führten Soft-Air-Pistolen bei sich. Kommentar der Polizei Kiel: „Bei einer Fehlreaktion hätte dies unweigerlich zum Schusswaffengebrauch durch die Polizisten geführt.“

14. Dezember 2004: Laut einer Veröffentlichung von diesem Tage bedrohte ein mit einem Schal Maskierter verängstigte Schüler an einer Bocholter Schule und feuerte mindestens einen Schuss ab. Eine Lehrerin alarmierte die Polizei, die den flüchtenden Täter ermitteln konnte. Es handelte sich um einen 15-Jährigen, der auf die Schüler gezielt hatte, weil er sich von ihnen geärgert gefühlt hatte.

26. Dezember 2004: In Berlin-Steglitz hatte in der Nacht ein Mann seine Nachbarn in Angst und Schrecken versetzt, weil er mit einer Kalaschnikov aus dem Fenster seiner Wohnung geschossen hatte. Am Einsatzort eintreffende Funkstreifenwagen deckte er mit einem Hagel von Schüssen ein. Erst das SEK-Berlin konnte den Schützen überwältigen. Tatwaffe war eine Soft-Air-Ausführung.

2. Januar 2005: Fünf verummte Jugendliche hatten in Hannover einen Großeinsatz der Polizei ausgelöst. Ein Zeuge hatte die Polizei alarmiert, der gesehen hatte, wie sie in einem leer stehenden Bürogebäude „gespielt“ hatten. Sie waren sämtlich mit Soft-Air-Pistolen bewaffnet.

4. Januar 2005: Nach einem Zeitungsbericht von diesem Tage wäre das „Kriegsspiel“ zweier Jugendlicher kurz nach Weihnachten in Korbach fast zum Verhängnis geworden. Alarmierte Polizisten stellten die beiden 15-Jährigen, die eine Maschinenpistole MP-5 und das Bundeswehr-Sturmgewehr G-36 bei sich hatten. Es handelte sich um Soft-Air-Imitate. Laut Zeitungsbericht habe ein Kollege früher bei einem SEK gearbeitet und daher mehr Erfahrung mit solchen Situationen gehabt.

8. Januar 2005: Die Polizei wurde abends alarmiert, weil zwei Männer in Dudweiler auf eine Frau gezielt hätten. Die Überprüfung ergab, dass zwei Jugendliche mit einer Soft-Air-Pistole hantiert hatten und die Frau sich dadurch bedroht gefühlt hatte.

11. Januar 2005: Die Polizei Düsseldorf berichtete auf einer Pressekonferenz über die Aufklärung einer Serie von Überfällen. Bei den drei Tatverdächtigen wurde eine Soft-Air-Maschinenpistole sichergestellt.

W. D.

Arbeitsschutz auf Polizeiboote wird erforscht

In den zurückliegenden Jahren wurden vom Bundesausschuss Wasser-schutzpolizei vermehrt unzureichende Sicherheitsmaßnahmen an Bord mancher Polizeiboote bemängelt: Sicherheitsdefizite, die bereits mit der Kiellegung begannen und über die Ausrüstung bis hin zum Betrieb der Boote reichten.

So waren z. B. oftmals Durchgänge an Deck zu schmal, unzureichende Übersteigmöglichkeiten vorhanden, die Abschirmung der Radarantenne zum Steuerhaus hin nicht wirksam angebracht und Rettungsmittel

nicht ausreichend vorhanden. Andererseits gibt es aber auch Behörden, die ihre Boote nahezu vorbildlich betreiben. Der BFA WaPo hat daher eine Erhebung des diesbezüglichen Ist-Standes in allen Wasserschutzpolizeien Deutschlands angeregt. Das Ergebnis bestätigte die Vermutung, zeigte aber auch deutlich, dass die GdP mit „Bordmitteln“ nicht in der Lage sein würde, die Problematik abschließend zu erörtern.

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA), die im Rahmen ihrer „Arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse“ bereits früher eine ähnliche Untersuchung auf Hochseefischereischiffen durchgeführt hat, kam der Bitte nach, ein vergleichbares Forschungs-

projekt für die WaPo aufzulegen. Die für Branchenschwerpunkte zuständige Außenstelle der BAuA in Bremen unter Federführung von Frau Dr. Angelika Pensky, konzipierte ein solches Vorhaben, das öffentlich ausgeschrieben und Ende November letzten Jahres vergeben wurde. Forschungsnehmer ist das Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e. V. (RISP) an der Universität Duisburg-Essen. Partnerinstitute sind das Entwicklungszentrum für Schiffstechnik und Transportsysteme e. V. (DST) sowie die Sozialforschungsstelle Dortmund Landesinstitut (SFS).

Das Projekt begann am 1.1.2005 und hat eine Laufzeit von 24 Monaten. Ein GdP-Projekt-

beirat (mit den Kollegen Tetzlaff und Stahl aus Bremen, Meyer, Nordrhein-Westfalen, Huth, Bayern und Büttner, Mecklenburg-Vorpommern) wird die Forschungsarbeiten mit fachlichem Rat begleiten.

Die Forschungsziele sind:

- Bilanzierung der technischen, organisatorischen und verhaltensbezogenen Sicherheits- und Gesundheitsschutzdefizite an Bord von Polizeiboote,
- Festschreibung von verbindlichen Mindeststandards und Beschaffenheitsanforderungen für Polizeiboote
- Entwicklung und Erprobung eines Gefährdungsbeurteilungsmodells für Polizeiboote
- Entwicklung eines Präventionskonzeptes für Beschäftigte auf Polizeiboote
- Entwicklung eines Sicherheits trainingsprogramms für kritische Ereignisse und Notfälle.

hjm

EMS oder RRB – eine Glaubens- oder Finanzierungsfrage?

Der „richtige“ Einsatzstock für die Polizei – eine „Glaubensfrage“? Oder ist eine sachgerechte Entscheidung möglich? In Anlehnung an den Artikel des Kollegen Oehling in der DP 1/05 kann ich nur feststellen: So einfach ist das nicht!

In Berlin haben wir uns seit Mitte der 80er Jahre mit der Forderung auseinandergesetzt, dass endlich ein Einsatzmittel beschafft werden muss, das als sinnvolle Ergänzung zu einfacher körperlicher Gewalt, dem Reizstoffsprühergerät, Pfefferspray und der Schusswaffe eingesetzt werden kann. Damals hatten wir uns

Andererseits gibt es den RRB, den „Rapid Rotation Baton“ – übersetzt etwa: „schnell rotierender Einsatzstock“ (gemeint ist damit: von der defensiven in die offensiven Handhabe schnell wandelbar). Der soll laut Hersteller zunächst nachweislich alle Vorzüge bestehender Systeme vereinen und gleichzeitig deren Nachteile eliminieren. Seine ungewöhnliche und für das Gegenüber nicht einsehbare Trageweise am Rücken des Anwenders erlaube es, ihn ständig „am Mann“ zu tragen und führe zu einer Deeskalation. Ständig heißt übrigens wirklich ständig – also

zusätzlich, neben dem EMS, für die Bepo eingeführt. Bei uns in Berlin hat die Polizeiführung entschieden, den EMS für die Bereitschaftspolizei und die Direktionshundertschaften einzuführen. Der Grund dafür liegt vorwiegend im Finanzierungs-

bereich: Der EMS ist in der Anschaffung für das Land wesentlich preiswerter, weil die Bereitschaftspolizei vom Bund „ausstaffiert“ wird. In einem einjährigen Probe-



RRB: 52 cm lang, 500 g schwer

lauf soll nun entschieden werden

Dienst orientierten Argumente überzeugten mich:

- geringer Ausbildungsaufwand – nur Grundausbildung (max. 20 Stunden)
- keine Fortbildung erforderlich
- ständiges Tragen ohne Behinderung (auch im Sitzen) möglich
- defensive und offensive Techniken möglich
- weniger Eigenverletzungsgefahren
- geringere Anschaffungskosten



Demonstration des Einsatzes des RRB: Mit wenigen Handgriffen kann der Angreifer in die Knie gezwungen werden.

Fotos: Hundt

eindeutig für die Beschaffung des Tonfa – RMS/EMS – eingesetzt. Die Umsetzung war jedoch in den letzten Jahren politisch und wegen massiver Bedenken einiger Verantwortlicher in der Polizeispitze nicht möglich.

Inzwischen gibt es zwei weitere Alternativen:

Einerseits den von der PFA in Hiltrup favorisierten „Einsatzstock kurz – ausziehbar“.

auch im Auto sitzend. Das Wichtigste aber: Das Erlernen der Möglichkeiten soll in weniger als der Hälfte der Zeit im Vergleich zu bestehenden Systemen möglich sein, soll weitaus mehr Anwendungsmöglichkeiten bieten und sich größter Akzeptanz durch die Anwender erfreuen.

In Niedersachsen wird der RRB sukzessive für den Einzeldienst und als zusätzlicher Ein-

inwieweit eine Beschaffung ab 2007 auch für den Einzeldienst sinnvoll ist und ob der zeitliche hohe Aufwand für Aus- und Fortbildung (Grundlehrgang zwischen 20 bis 40 Stunden + Fortbildung jährlich 10 Doppelstunden oder max. 4 Stunden im Monat) leistbar ist.

Dieser Diskussionsstand forderte den Gesamtpersonalrat der Berliner Polizei heraus. In einer

Ich hoffe zwar, dass es gelingt, für den Einzeldienst eine sachgerechte Entscheidung zu treffen und der zweckmäßigste „Einsatzstock“ beschafft wird, aber hoffen allein reicht wohl nicht. Daher wollen wir als Gesamtpersonalrat der Berliner Polizei unserem Dienstherrn vorschlagen, einen Bereich auch mit dem RRB-Rapid „probelaufen“ zu lassen, damit man aufgrund einer vergleichenden Bewertung dann eine wirklich sachgerechte Entscheidung treffen kann.

Außerdem haben der Gesamtpersonalrat der Berliner Polizei und die niedersächsischen Einsatztrainer miteinander vereinbart, ständig ihre Erfahrungen mit dem RRB auszutauschen.

Uwe Hundt, Vorsitzender Gesamtpersonalrat Berlin

Europäischer Kongress zur Gewalt im Leben von Frauen und Männern –

Auswirkungen auf die weitere Arbeit der Bundesfrauengruppe

In den 80er und 90er Jahren gerieten darüber hinaus auch andere Gewaltformen, wie der sexuelle Missbrauch von Mädchen und Jungen, Frauenhandel, Gewalt gegen ältere und ausländische Frauen und gegen Behinderte ins Blickfeld. Es fanden Kampagnen auf Länder- und Bundesebene statt. Modellvorhaben, Veröffentlichungen und Untersuchungen zu diesen Phänomenen wurden gefördert, Notrufe und Frauenberatungsstellen eingerichtet und Untersuchungen zur Täterarbeit und zu Interventionsprojekten eingeleitet. Dies waren anfangs nur vereinzelte punktuelle Maßnahmen, die die Komplexität des Gewaltgeschehens außer Acht ließen. Themen und Projekte wurden oft durch öffentliche Diskussionen bestimmt, folgten jedoch keiner langfristig angelegten Strategie. Mit dem Aktionsplan der Bundesregierung wurde 1999 erstmals ein Konzept für alle Ebenen der Gewaltbekämpfung erstellt. Ein wichtiger Teil dieses Aktionsplanes war die genauere Untersuchung von Gewaltverläufen der Frau-

Gewalt gegen das weibliche Geschlecht ist laut Unicef weltweit die häufigste Verletzung von Menschenrechten. Alltägliche Gewalt gegen Frauen wird seit dem Internationalen Jahr der Frauen 1975 thematisiert.

en. Auf dem Europäischen Kongress zur Gewalt im Leben von Frauen und Männern wurden im September 2004 drei wichtige Studien vorgestellt, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt worden waren:

Studie: Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland

Diese erste Prävalenzstudie Deutschlands hatte das Ziel, ein umfassendes repräsentatives Bild von Ausmaß, Hintergrund und Folgen von Gewalt gegen Frauen zu erhalten.

Die Hauptuntersuchung basiert

auf über 10.000 Interviews von Frauen im Alter zwischen 16 und 85 Jahren. Die Kernergebnisse dieser Untersuchung ergaben folgendes:

- 37 % aller befragten Frauen haben körperliche Gewalt seit dem 16. Lebensjahr erlebt.

- 13 % der befragten Frauen haben seit dem 16. Lebensjahr sexuelle Gewalt erlitten.

- 58 % der Befragten haben unterschiedliche Formen von sexueller Belästigung erfahren.

- 42 % aller befragten Frauen haben Formen von psychischer Gewalt wie systematische Abwertung, Demütigung, Ausgrenzung, Verleumdung, schwere Beleidigung, Drohung und Psychoterror erlebt.

- Rund 25 % der in Deutschland lebenden Frauen haben For-

men körperlicher oder sexueller Gewalt (oder beides) durch aktuelle oder frühere Beziehungspartner erlebt. Die ermittelten Befunde zu häuslicher Gewalt bestätigen somit die bisherigen Schätzungen.

Die Studie belegt zudem, dass Gewalt gegen Frauen überwiegend durch Männer und dabei ebenfalls überwiegend durch den Partner und im sozialen Nahraum verübt wird. Männliche Beziehungspartner waren mit großem Abstand die am häufigsten genannte Gruppe der Täter bei körperlicher und sexueller Gewalt. Im Hinblick auf Gewalt, die überwiegend in der eigenen Wohnung erlitten wurde, gaben 71 % der Frauen, die von körperlicher Gewalt und 69 % der Frauen, die von sexueller Gewalt betroffen waren, als Tatort die eigene Wohnung an.

Durchgeführte Teilerhebungen bei türkischen und osteuropäischen Migrantinnen haben aufgezeigt, dass Frauen aus beiden Gruppen häufiger als der Durch-

HÄUSLICHE GEWALT

schnitt der weiblichen Bevölkerung Deutschlands körperliche oder sexuelle Gewalt erlebt. Bei Gewalt in Partnerschaften fällt vor allem die hohe Betroffenheit türkischer Frauen auf.

Die Befragungen von Asylbewerberinnen, inhaftierten Frauen und Prostituierten ergaben, dass die befragten Frauen dieser Gruppen in deutlich höherem Maße von körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt sowie von sexueller Belästigung betroffen waren als die Frauen der Hauptuntersuchung.

Besondere Risikofaktoren:

Die Studie zeigt u.a., dass die Absicht, sich zu trennen, häufig Auslöser für den Beginn der Gewalthandlungen des Partners ist. Trennung und Scheidung in einer Partnerschaft scheinen mit einem hohen Risiko für Frauen einherzugehen, Opfer von (sich verstärkender) Gewalt in Partnerschaften zu werden.

Die Untersuchungsergebnisse bestätigen zudem einen engen Zusammenhang zwischen dem Miterleben und Erleben von Gewalt in der Kindheit und Gewalterfahrungen im Erwachsenenleben.

Die polizeiliche Intervention:

In den vergangenen Jahren hat die Polizei viele Anstrengungen unternommen, die Intervention gegen Gewalt im häuslichen Bereich zu verbessern. Mit der Studie konnten deshalb, bezogen auf Intervention zur häuslichen Gewalt, im Polizeibereich positive Entwicklungen sichtbar werden. Defizite wurden bei der Intervention in Fällen sexueller Gewalt nach wie vor festgestellt. Die befragten Frauen beklagten mangelnde Sensibilität, fühlten sich oft nicht ernst genommen und respektlos oder ironisch-distanziert behandelt.

Auch wenn Frauen polizeiliche Maßnahmen wie Platzverweis und Wegweisung insgesamt als hilfreich einschätzen, wird der polizeiliche Einsatz generell als relativ hochschwellige Interventionsmaßnahme wahrgenommen.



Die Frau auf diesem Foto ist geschminkt. Sie stand beim Aktionstag „Frauenbündnis gegen Gewalt“, der im Rahmen des „Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen“ stattfand, am 25.11.2004 in der Fußgängerzone in Hildesheim, um bei der gemeinsamen Aktion von Polizei und Präventionsrat Hildesheim Menschen zum Hinsehen zu bewegen. Fotos (2): dpa

Studie: Evaluation der Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt in Deutschland

In einer zweiten umfangreichen Untersuchung wurden interdisziplinäre Kooperationsprojekte wissenschaftlich begleitet, um die Qualität der koordinierten Unterstützung für Frauen bei häuslicher Gewalt zu überprüfen und zu verbessern. Diese Interventionsprojekte sind Netzwerke, die eine verbindliche Zusammenarbeit aller vor Ort beteiligten Institutionen und Hilfseinrichtungen organisieren.

Pro-aktive Beratung und Mobile Intervention:

Bei einer pro-aktiven Beratung, wie sie beispielsweise von der Interventionsstelle CORA in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt wird, werden im Anschluss an die polizeiliche Intervention bei häuslicher Gewalt die Betroffenen unmittelbar nach der automatischen Datenweitergabe kontaktiert, um Beratung und Krisenintervention anzubieten.

Im Vergleich dazu hat die Berliner Interventionsstelle gegen Gewalt (BIG) eine Mobile Intervention geschaffen. In Krisensituationen werden aufsuchende

Beratung und Unterstützung angeboten. Diese Mobile Intervention wird täglich von 09.00 bis 24.00 Uhr bereitgehalten.

Beide Modelle, im Rahmen der Begleitforschung auch als „zuge-

organisieren, auch wenn die polizeilichen oder gerichtlichen Maßnahmen nicht ausreichen, um den Betroffenen ein ausreichendes Sicherheitsgefühl zu vermitteln.

Zentrale Ergebnisse der Evaluation:

Aus den zentralen Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitung der deutschen Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt seien an dieser Stelle nur drei wichtige Aspekte dargestellt:

- Die Polizei hat von dieser Kooperation profitiert und sich als Vorzeiginstitution bei der Bekämpfung von häuslicher Gewalt erwiesen. Es wurden andere Umgangs- und Arbeitsweisen erreicht – vor allem in der polizeilichen und ansatzweise auch staatsanwaltschaftlichen Praxis bei Fällen häuslicher Gewalt.

- Defizite bestehen jedoch weiterhin bei der Sanktionierung häuslicher Gewalt, da die Ebene der Strafverfolgung noch nicht im gleichen Maße wie die polizeiliche



Auch die Tatort-Kommissare Peter Sodann, Boris Aljinovic, Andreas Hoppe und Mehdi Moinzadeh (v.l.n.r.) engagieren sich: In Berlin riefen sie am 23.11.04 dazu auf, Gewalt gegen Frauen nicht totzuschweigen, sondern aktiv zu bekämpfen. Mit der Initiative „Sehen Sie fern. Aber nicht weg!“ sollte vor allem die Hauptstädtische „BIG-Hotline“ bekannter gemacht werden, an die sich Betroffene wenden können.

hende Angebote“ zusammengefasst, entlasten die Opfer. Sie senken die Schwelle ins Hilfesystem und verbessern die Chancen der Betroffenen, die Form der Beratung oder des Schutzes zu wählen, die ihren Bedürfnissen, ihrer Gefährdung und ihrer Lebenssituation entspricht. Die zugehende Beratung entlastet die Polizei, da sie geeignet ist, Sicherheit zu

Ebene eingebunden werden konnte.

- Im Hinblick auf Täterarbeit im Kontext zu Interventionsprojekten, konnte die Aussage getroffen werden, dass knapp 2/3 der Männer, die ein Programm begannen, dieses auch abschlossen. Männer, die gegenüber ihren Partnerinnen gewalttätig geworden sind, suchen allerdings nur selten

aus eigener Motivation Einrichtungen auf, die verhaltensändernde Maßnahmen anbieten.

Studie: Gewalterleben von Männern

Diese Pilotstudie kann mit der Befragung von 266 Männern als nicht repräsentativ gewertet werden. Es liegt nunmehr allerdings eine kleine Datenbasis zu Tendenzen und Hinweisen vor. Danach findet der Großteil der körperlichen Gewalt gegen erwachsene Männer in der Öffentlichkeit statt; die Täter sind ganz überwiegend Männer, die in keiner Beziehung zu ihren Opfern stehen. Im Bereich Gewalt in der Partnerschaft

spielen vor allem psychische Gewalt und soziale Kontrolle, die Frauen gegen bzw. über ihre Beziehungspartner ausüben, eine Rolle.

Bundesfrauengruppe bewertet neue Erkenntnisse

In der Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt“ und im Vorstand der Frauengruppe (Bund) wurden im Kontext der neuen Erkenntnisse diskutiert, welche weiteren Verbesserungen bei der Bekämpfung häuslicher Gewalt erreicht werden können – hier z. B. durch eine Novellierung der StPO und dem StGB.

Der Umgang mit Kindern und Jugendlichen als Opfer häuslicher Gewalt stellt nach Auffassung der

Die Autorin:

Petra van Anken, Kriminaloberkommissarin und Schriftführerin im Geschäftsführenden Bundesfrauenvorstand der GdP, beschäftigt sich seit 2000 mit dem Thema „Häusliche Gewalt“ und leitet hierzu Seminare im Rahmen der Aus- und Fortbildung bei der Polizei Bremen.



Frauengruppe (Bund) eine besondere Herausforderung dar. Handlungsbedarf besteht insbesondere

- zur Wahrnehmung des eigen-

ständigen Bedarfs bei Kindern und Jugendlichen an Schutz, Information und Beratung,

- beim Verständnis, dass ein verstärkter Schutz von Kindern und Jugendlichen vor körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt gleichzeitig ein wichtiger Baustein zur Prävention von Gewalt im Geschlechterverhältnis ist und
- hinsichtlich bestehender Defizite im Umgang der Polizei mit Opfern von Sexualdelikten.

Die Bundesfrauengruppe wird sich diesen Themen stellen und auch weiterhin für die Verbesserung frühzeitiger Intervention, Unterstützung und Prävention zur Gewalt im sozialen Nahbereich eintreten. **Petra van Anken**

China: Sicht auf Ehe und Familie entscheidend

Auf Initiative der Friedrich Ebert Stiftung (FES) und des Chinesischen Frauenverbandes fand in der Zeit vom 14. bis 21. November 2004 die deutsch-chinesische Konferenz „Frauen, Familie und Recht“ in Shanghai statt. Die FES war in Vorbereitung der Konferenz auf die Aktivitäten der Frauengruppe (Bund) bezüglich Häuslicher Gewalt aufmerksam geworden. Da ein wichtiger Bestandteil der Konferenz sich mit diesem Thema beschäftigen sollte, lud die FES als Vertreterin der GdP die Kollegin Alberdina Körner von der Bundesgeschäftsstelle ein, zu der Thematik zu referieren und den Weg darzustellen, wie es in Deutschland gelungen sei, Häusliche Gewalt in die Polizeiarbeit zu implementieren und welche – insbesondere gesetzlichen, aber auch sonstigen flankierenden – Maßnahmen dazu erforderlich seien.

Gläserne Zelle für den Täter

China steht bei der Bearbeitung Häuslicher Gewalt noch relativ am Anfang. Zwar wird Häusliche Gewalt als Unrecht erkannt und seit längerem bekämpft, jedoch sind die rechtlichen Mittel noch unzureichend. Die Meldung von Häus-

licher Gewalt erfolgt oft über die Nachbarschaftskomitees, seltener vom Opfer selbst. Der Täter wird in die (in Minhang) verglaste Arrestzelle des Polizeiamtes gebracht. Die Bestrafung des Täters erfolgt vom „kritisiert werden“ bis hinzu mehrjährigen Straftaten, je nach Schwere der Tat.

Eine rege Diskussion entbrannte nach dem Vortrag der Kollegin Körner bezüglich des in Deutschland vorhandenen Wegweisungsrechts gegenüber dem Täter. Die Handhabung „wer schlägt, fliegt“ mit der dahinter liegenden Absicht, das Opfer zu schützen, indem man es in dem ihm bekannten Umfeld belässt und den Täter weg weist, war für die Vertreterinnen des chinesischen Frauenverbandes überraschend.

Häusliche Gewalt tritt auch in China in vielen Formen auf. Darunter wird, so Prof. Zhang Xianyu von der Ostchinesischen

Universität für Politik- und Rechtswissenschaften, sowohl die physische und mentale Gewalt („kalte Gewalt“) als auch sexueller Sadismus und Vergewaltigung zwischen Ehepartnern verstanden. Eine Untersuchung des chinesischen Frauenverbandes aus 2003 habe ergeben, dass es in 30 Pro-



Besuch der deutschen Delegation bei der Polizeiführung eines Polizeiamtes im Bezirk Minhang von Shanghai, v.l.: Dolmetscherin, Polizeiführung, Alberdina Körner, BGSt, Christine Bergmann, ehemalige Bundesministerin. Foto: -lt

zent der 270 Millionen chinesischen Familien zu Gewaltakten komme. In 90 Prozent der Fälle seien Männer die Täter.

Bei der Häuslichen Gewalt zwischen Ehepartnern würden über 85 Prozent der Frauen geschädigt. Jährlich komme es auf Grund von Häuslicher Gewalt zu ca. 100.000 Familienauflösungen.

Forderungen des Chinesischen Frauenverbandes

Als notwendige Gegenmaßnahmen müssten im Wesentlichen die entsprechenden Gesetze geändert werden, um wirkungsvoll gegen Häusliche Gewalt zu sein und eine größere Abschreckung zu haben. Zweitens sollte die umfassende Überwachung und Kontrolle weiter verstärkt werden, insbesondere sollte mehr Wert auf die bedeutende Rolle der Polizei gegen Häusliche Gewalt gelegt werden. Drittens sollte die juristische Hilfe für betroffene Frauen verstärkt werden. Dabei müssten Hotlines gegen Häusliche Gewalt eingerichtet werden und Beratungs- und Hilfszentren für Frauen gefördert werden. Viertens sollten die NGO's (Nicht-Regierungsorganisationen), insbesondere die Frauenverbände, auf allen Ebenen ihre Rolle aktiv wahrnehmen.

Am Ende der Konferenz und nach dem Besuch bei der Polizeistation im Bezirk Minhang zeigte sich, dass Häusliche Gewalt ein ernst genommenes Thema in China ist, dass es noch große Unterschiede zu deutschen Maßnahmen gibt, die u. a. auch auf die unterschiedliche Sichtweisen auf Ehe und Familie zurück zu führen sind. **kör.**

Es ist vollbracht!



Vor vier Monaten haben wir in unserer Zeitung versucht, Raucher für eine nikotinfreie Zukunft zu begeistern und sie auf dem Weg dahin zu begleiten. Die Aktion fand jede Menge Zustimmung! Aber es gab auch Stimmen, die das Thema weniger geeignet für unsere Zeitung hielten. Fazit ist jedenfalls: Bei uns haben sich eine ganze Reihe Kolleginnen und Kollegen gemeldet, die sich der Glimmstängel mit Hilfe unserer Aktion auf Dauer entledigt haben. Und wir hoffen auf eine hohe Dunkelziffer!

Denn nicht mehr zu rauchen, das ist auch in Polizei-Kreisen durchaus aktuell. Kollegen haben uns von Seminaren berichtet, auf denen sie gemeinsam dem Rauchen abgeschworen haben, von Projekten, die sie mit Partnern veranstalteten und von Eigeninitiativen, die sie nach jahrelangem Raucherdasein erfolgreich ergriffen haben. Sie versprechen sich von ihrem Nichtraucherstatus mehr Lebensqualität. Auf ihrer Zukunfts-Agenda stehen nun gesundheitliche Aspekte ganz weit oben – mehr Bewegung, gesündere Ernährung, positives Denken und immer wieder: nie wieder rauchen!

Wer es geschafft hat, eine

rauchfreie Zeit für sich einzuläuten, verdient Hochachtung. Man sollte nie vergessen, dass sich damit jemand von einer Sucht gelöst hat. Und das verlangt einen starken Willen, Durchhaltevermögen und Charakterstärke. Mögen die Erfolge dauerhaft sein!

Aber was, wenn es doch zu einem Rückfall kommt? Zum Abschluss unserer Aktion „Nicht-raucher werden“ ein paar Tipps, falls sich eine solche Situation einstellen sollte.

Glückwunsch an dieser Stelle all jenen, die tatsächlich Nichtraucher geworden sind! Aber auch jenen, die sich in nächster Zeit zu diesem – nicht leichten – Schritt entschließen.

In Italien trat am 10. Januar ein strenges Anti-Raucher-Gesetz in Kraft. Ab sofort ist das Rauchen dort in allen öffentlichen Räumen verboten, u. a. in Restaurants, Bars und Diskotheken. Ausnahmen gelten nur für separate Raucherräume mit Belüftung. Bei Verstößen gegen das Rauchverbot drohen sowohl den Inhabern der Lokale als auch den Gästen hohe Geldstrafen.

Trotz sorgfältiger Vorbereitung und aktiver Mitarbeit an der GdP-Aktion „Nicht-raucher werden“ ist es natürlich nicht auszuschließen, dass es zu einem Rückfall-Vorfall kommt: Sie haben einmal an einer fremden Zigarette gezogen, Sie haben eine oder auch mehrere Zigaretten geraucht, dann aber die Kurve wieder gekriegt und den Konsum eingestellt – das kann noch als Ausrutscher angesehen werden. Oder hatten Sie einen regelrechten Rückfall, bei dem Sie erst eine, dann mehrere Zigaretten geraucht haben und jetzt drauf und dran, sich wieder bei der ursprünglichen Zigarettenmenge einzupendeln?

Falls dies bei Ihnen der Fall sein sollte, machen Sie sich bitte folgendes klar: Es ist nicht alles vorbei, wenn Sie wieder geraucht haben. Sie haben gute Chancen, wieder abstinent zu werden, wenn Ihr altes Rauchverhalten noch nicht die Vorherrschaft übernommen hat. Von einem Vorfall und einem Ausrutscher kann man sich wieder gut erholen. Wichtig ist dabei, sich nicht unnötig zu grämen und Vorwürfe zu machen, sondern sich daran zu orientieren, dass es einem gelungen ist, diese



Rückfall gleich Aus?



Nach einer aktuellen, bevölkerungsrepräsentativen Emnid-Umfrage gab fast jeder zweite Raucher an, dass er nach der aktuellen Tabaksteuererhöhung das Rauchen aufgeben will. Nach der vergangenen Steuererhöhung haben das immerhin ca. 8 Prozent der Raucher geschafft.

„Krisensituation“ zu meistern. Auch diejenigen sollten sich nicht entmutigen lassen, bei denen es

nicht ganz geklappt hat. Wissen Sie eigentlich, dass die meisten erfolgreichen Exraucher mehr als einen Anlauf genommen haben?

Ein Ausstiegsversuch, der nicht ganz hingehauen hat, ist immer auch ein Teilerfolg und bietet die Möglichkeit, etwas für den nächsten Versuch zu lernen. Dazu hilft die genauere Betrachtung der Umstände, unter denen es zum Ausrutscher bzw. Rückfall gekommen ist.

Rückfall-Auslöser aufspüren

Einige typische Beispiele für äußere Rückfallbedingungen sind gerade die Feierlichkeiten, wie sie zum Jahreswechsel vermehrt stattfanden: Andere Raucher sind anwesend, es wird gegessen und getrunken, es werden Zigaretten angeboten oder gefunden. Dann beobachten wir Rückfall begünstigende Gefühle wie ausgelassene Freude und Euphorie, aber

auch unerwünschte wie Ärger, Niedergeschlagenheit, Langeweile, Anspannung oder eine gesteigerte Aggressivität. Die körperliche Befindlichkeit kurz vor dem kritischen Ereignis kann geprägt gewesen sein von Entzugssymptomen oder starkem Rauchverlangen, Übermüdung, Hunger oder übervollem Bauch, Alkoholkonsum oder etwas übermäßigem Kaffee-Konsum. In den Gedanken schließlich gab es möglicherweise frühe Hinweise auf den Ausrutscher: Das können Selbstzweifel gewesen sein, die Idealisierung der Wirkung einer Zigarette („nur eine, die würde jetzt soo gut tun“), aber auch die Illusion der Möglichkeit eines kontrollierten Konsums („jetzt rauch ich halt mal eine und mach dann wieder weiter mit dem Nicht-rauchen“). Hin und wieder ging auch der Wunsch, nur einmal eine Zigarette probieren zu wollen, dem Rückfall voraus.

Versuchen Sie also, den Auslöser für den Ausrutscher zu erfassen. Was war los, was haben Sie denn gefühlt oder gedacht, bevor Sie die Zigaretten besorgt oder die Zigarette angesteckt haben? Was könnten Sie das nächste Mal

in exakt der gleichen Situation anders machen?

Sie werden erkennen, dass es eine ganz bestimmte Situation war, bei der einige ungünstige Bedingungen zusammengekommen sind.

Rufen Sie sich ins Bewusstsein, dass ein Ausrutscher oder ein Rückfall nicht das Ende vom Lied ist. Gehen Sie dabei nicht so hart mit sich ins Gericht: Dieser Ausrutscher bedeutet nicht, dass Sie versagt haben und Sie nicht fähig

Beurteilen Sie die äußere Situation, in der Sie wieder geraucht haben:

- Meine Gedanken, bevor ich wieder geraucht habe
- So habe ich mich gefühlt, bevor ich wieder geraucht habe.
- Das kann ich das nächste Mal anders machen

sind, Nichtraucher zu sein.

Wichtig ist jetzt, dass Sie sich wieder dem Ausstieg zuwenden und das Rauchen auf der Stelle beenden. Vernichten Sie alle Zigaretten, die Sie noch besitzen und gehen Sie noch einmal Ihre Motivationsliste durch. Dann legen Sie einen neuen Ausstiegs-termin fest. Dazu alles Gute!

Peter Lindinger,
Dipl.-Psychologe

Geschafft

Einfach war's nicht: Zu Beginn habe ich zwei Wochen lang Situationen gemieden, in denen ich wieder schwach hätte werden können. Hat geholfen. Bin nun froh, dass ich durchgehalten habe. Glaube, ich kann befreiter atmen. Treibe mehr Sport, um mein Gewicht zu halten.

Dietmar Michael, Fahrland



Bin Weihnachten/Silvester leider rückfällig geworden. Hatte ein sehr schlechtes Gewissen. Trotz der Rückfälle – ich bleibe dabei, werde nicht mehr rauchen! Unterstützung bekomme ich vor allem von nicht rauchenden Kollegen. Möchte mich dafür ganz doll bedanken. Hatte noch ein ganz besonderes Erlebnis: Ein unbekannter Kollege, schon zehn Jahre im Ruhestand, rief mich an und sprach mir Mut zu. Er verfolgt die Nichtraucheraktion in der „Deutschen Polizei“. Ich habe festgestellt, dass ich immer wieder jemanden brauche, der mir „gut zuredet“.

Waltraud Spriwald (51),
Oberhausen



Bin seit dem 18.11.2004 Nichtraucher und fühle mich sehr gut. Schwachpunkte bestehen immer

noch nach einem guten Essen, aber ich lasse die Finger davon. Im Kollegenkreis wurde man zuerst belächelt, da ich noch rauchte, obwohl die Veröffentlichung im Novemberheft erschienen war. Aber mittlerweile habe ich bemerkt, dass gerade die „Nochraucher“ doch etwas neidisch sind. Einziger Nachteil: Ich habe zugenommen, mir aber einen Heimtrainer gekauft – von dem Geld, das ich durchs Nichtrauchen gespart habe – und denke dass ich das Gewichtsproblem auch noch in den Griff kriege.

Ich glaube nicht, dass ich ohne eure Aktion diesen Schritt geschafft hätte. Danke.

Peter Stuhlfauth,
Ruppertsberg



Rauche seit acht Wochen nicht mehr. Zu Anfang fehlte mir vor allem zum Kaffee etwas. Inzwischen schmeckt er auch ohne Zigarette. Bin ausgesprochen froh, das Laster los zu sein. Tatsächlich, obwohl ich 15 bis 20 täglich geraucht habe, denke ich nur noch äußerst selten an's Rauchen. Kann mir nicht vorstellen, noch mal anzufangen.

Beate Döring, Hilden



Ich entschloss mich zu einem Ausstieg mit Nikotinpflaster. Das erste wurde am 8.01.05 geklebt.

Die nächsten Tage stand ich besser als erwartet durch. Nach einer rauchfreien Woche hatte ich einen kurzen Rückfall. Pflaster hatte ich an diesem Tag nicht aufgeklebt. Mittlerweile klebt das Pflaster wieder, ich bin rauchfrei. Ich weiß, dass noch ein beschwerlicher Weg vor mir liegt. Aber die Mühe lohnt sich allemal!

Die in der Deutschen Polizei zum Thema veröffentlichten Artikel

waren/sind mir übrigens noch immer hilfreich und liegen griffbereit. Mein „Sparglas“ füllt sich zusehends mit 5-Euro-Scheinen und das letzte Joggen verlief auch schon lockerer: Zeit um 2:30 Minuten verbessert (ob's an der besseren Atmung lag?)

Günther Bredefeld, Frankfurt

Thema Rauchen auf den Revieren ist in Bremerhaven für die Kolleginnen und Kollegen kein Thema mehr. Seit rund sieben Jahren ist hier der Nichtraucherschutz geregelt: Die Raucher gehen entweder vor die Tür oder in den extra für sie eingerichteten Raucherraum. Wache, Schreibstuben, sämtliche Büros und Flure – eigentlich die gesamte Stadtverwaltung – ist rauchfrei. Am Anfang gab es einige Diskussionen, inzwischen wird die Regelung – auch aus Einsicht – vollkommen respektiert.

Zwei Monate in Arizona – ein Praktikumsbericht

Im Rahmen meines Studiums an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege (FHVR), Fachbereich Polizeivollzugsdienst, wird in Zusammenarbeit mit dem Akademischen Auslandsamt und der Ausbildungsleitung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst die Möglichkeit angeboten, einen Teil des 5. Semesters im Ausland zu verbringen. Die Auswahl an Ländern, zu denen Kontakt besteht, ist durch die Bemühungen des akademischen Auslandsamts der FHVR groß.

Da ich als Schüler schon ein unvergessliches Jahr an einer amerikanischen High School verbracht hatte, stand für mich fest, dass ich auch mein Auslandspraktikum in den USA absolvieren wollte. Nach erfolgreichem Sprachtest am Sprachinstitut der Fachhochschule für Wirtschaft und Technik, einem Gespräch mit der Ausbildungsleitung, Überprüfung der Noten und Anwesenheit bekam ich die Zustimmung der vorgesetzten Stelle und das Akademische Auslandsamt samt der FHVR konnte meine Bewerbung nach Arizona schicken. Schon kurze Zeit später kam ein herzlicher Brief von Brent Ackzen, dem Vize-Polizei-Direktor von Glendale, mit der Bestätigung des Praktikumsplatzes und dem Angebot, über den gesamten Zeitraum Gast seiner Familie zu sein.

Den Zeitraum bis zum Abflug verbrachte ich damit, in der gesamten Berliner Polizeibehörde nach Gastgeschenken zu fah-

Am 30. August 2004 Jahres war es endlich soweit! Ich war auf dem Weg nach Glendale, Arizona. Nach 18 Stunden Reise kam ich auf dem Flughafen Phönix International an und wurde sogleich von zwei bewaffneten Beamten mit meinem Namensschild in der Hand mit den Worten „Welcome Detective Schroder in Arizona“ begrüßt und zu ihrem Auto geführt. Es war der Anfang eines zweimonatigen Praktikums beim Glendale Police Department in den Vereinigten Staaten von Amerika.

den. Neben der großartigen Unterstützung der Stiftung Luftbrückendank war hierbei die unkomplizierte Unterstützung von Seiten der GdP äußerst hilfreich, die mich ausreichend mit Basecaps, Anstecknadeln und sonstigen Souvenirs unterstützte. Im Gegenzug bot ich an, meine

Sorgen: meine Müdigkeit zu bekämpfen und bei 45° C Mengen an Schokolade in Sicherheit zu bringen (ein großer Wusch meiner Gastgeber war nämlich Schokolade, Schokolade, Schokolade). Zumindest die zweite Sorge war unbegründet: Die Kollegen vom Raubkommissariat, die

riaten in den USA ableisten. Ich hoffte auf eine lehrreiche, spannende und aufregende Zeit.

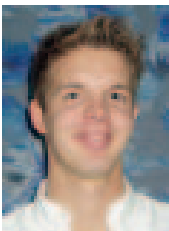
Glendale, 45°, Wüste und jede Menge Polizeiarbeit

Glendale ist mit 225.000 Einwohnern die viert größte Stadt in Arizona und grenzt unmittelbar an die Millionenmetropole Phönix. Beide Städte sind lediglich durch ein Ortseingangsschild von einander getrennt. Mit dem Wechsel der Straßenseite wechselt sogleich die Zuständigkeit der Polizei vom Phönix Police Department (PD) zum Glendale DP.

Phönix und Glendale liegen im größten Land Arizonas, in Maricopa County. Das betont föderale System und die weitgehende Autonomie einer jeden Stadt in den USA, schlägt sich auch in der Gliederung der Polizei nieder:

Glendale hat seine eigene Polizeibehörde, die sich nicht nur in Ausstattung und Uniform von der in Phönix unterscheidet, sondern auch in Gehalt und Urlaubsregelung. Es gibt durchschnittlich 13 Urlaubstage pro Jahr bei einem Jahreseinstiegsgehalt von ca. 40.100 \$. Weiterhin gibt das Glendale PD die Möglichkeit, mit der Uniform einen Nebenjob auszuüben und sich somit das Gehalt mit einen Stundenlohn bis zu 35 \$ die Stunde – z. B. als Bewachungspersonal im Supermarkt – aufzubessern.

Außerhalb der Städte liegt die Zuständigkeit beim Sheriff und seinen Mitarbeitern (Deputies), auf den Interstates, den Autobahnen, liegt die Zuständigkeit bei der eigenständigen Highway Patrol. Es gibt keine Weisungsbefugnis zwischen den verschiedenen Behörden und die Zusammenarbeit erlebte ich recht unproblematisch.



Patrick Schröder, Kriminalkommissaranwärter, 24 Jahre, 6. Semester Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, Berlin



Glendale PD-Streifenwagen-Ausstattung: Laptop mit Touchscreenfunktion, GPS, Routenplaner, die meisten Abfragesysteme, automatischer Auflistung von eingegangenen Notrufen, Möglichkeit der schriftlichen Nachrichtenübermittlung von Funkwagen zu Funkwagen.

USA-Praktikums-Erfahrungen für die Zeitung DEUTSCHE POLIZEI aufzuschreiben. Hier sind sie nun:

Heißes Arizona

Als ich am 30. August vergangenen Jahres nach 18 Stunden in Arizona landete, hatte ich zwei

mich abholten, brachten mich samt Schokolade schnellstmöglich ins klimatisierte Auto und fuhren mich zum Glendale Police Department. Nach einem ersten Gespräch im Auto mit den Detectives wurde mir erst richtig bewusst, dass ich es geschafft hatte: Ich werde die nächsten zwei Monate ein Praktikum in den verschiedensten Kommissa-

Bewerbung mit Lügendetektor

Das Glendale PD ist mit einer Anzahl von 351 Kollegen recht überschaubar und ermöglichte mir, das Arbeitsgeschehen einer Behörde als Ganzes zu beurteilen. Wie auch in Deutschland gibt es eine uniformierte Schutzpolizei (Patrol) und eine Kriminalpolizei. Ein Quereinstieg wie es bei der deutschen Polizei seit Jah-



Kollege der operativen Einheit "Narcotics" mit dem sehr begehrten GdP-Mitbringsel Basecap

ren möglich ist, gibt es in Arizona nicht. Wenn man sich für die Mitarbeit bei der Polizei interessiert, muss man vorerst die Grundvoraussetzung mitbringen: Man muss einige Hochschulkurse, egal welcher Fachrichtung, absolviert haben. Der Bewerbungsprozess ist unserem ähnlich, mit der Ausnahme, dass der Bewerber die Richtigkeit seiner Angaben mit Hilfe eines Polygraphen (Lügendetektor) bestätigen muss. Die Ausbildung dauert 16 Wochen und findet in der Police Academy statt, in welcher die Anwärter einen Schnellkurs in Recht, Einsatzlehre, Kriminalistik und weiteren Fächern absolvieren müssen. Im Großen und Ganzen wirkt die Ausbildung mehr militärisch und assoziierte in mir die Grundausbildung der Bundeswehr. Nach erfolgreicher Abschlussprüfung werden den Kollegen erfahrene Beamte zur Seite gestellt, die nun auch die polizeiliche Praxis veranschaulichen. Nach der Police Academy muss jeder Polizist in Glendale

zunächst mindestens zwei Jahre in den Streifendienst. Hier bleibt er zumeist in einer Schicht, das bedeutet z. B. ein Jahr Nachtschicht, ein Jahr Tagesdienst. Mit der Seniorität steigen die Möglichkeiten der Wahl zwischen den Schichten. Nach mindestens zwei Jahren des uniformierten Streifendienstes kann man sich für die Stellung des Kriminalbeamten (Detective) bewerben. Zwar liegen der Patrol Officer und der Detective in der gleichen Gehaltsklasse, doch muss man um Detective zu werden einen Bewerbungsprozess durchlaufen. Auch in operativen Einheiten, die alle der Kriminalpolizei angegliedert sind, ist das Bestehen eines praktischen und theoretischen Einstellungstest erforderlich.

Beförderungen gibt es kaum. Die nächst höhere Stufe nach dem Patrol Officer oder dem Detective ist der Posten des Sergeant, der in Glendale vergleichbar ist mit dem des Kommissariatsleiter in Deutschland. Weitere Stufen sind: Lieutenant (vgl. Inspektionsleiter), Captain (Abteilungsleiter), Commander (Abteilungsleiter, Stab), Vice Director (Vize Polizei Chef), Chief (vgl. Polizeipräsident). Für alle Beförderungen muss man sich bewerben und sich in einem Test gegen andere behaupten.

Geiselnahme und Tatortarbeit

Gleich am zweiten Tag nach meiner Ankunft wurde ein Praktikumsplan nach meinen Wünschen erstellt, der jederzeit besonderen Einsätzen angepasst werden konnte. Der größte Vorteil lag jedoch darin, dass mein Gastgeber, der Vize Polizei Chef Brent Ackzen, bei Groß- und Sonderlagen als einer der ersten informiert wurde und mich zu jeder Zeit zu besonderen polizeilichen Lagen mitgenommen hat. So erlebte ich beispielsweise den Einsatz bei einer 29 Stunden andauernde Geiselnahme mit, bei der zwei Methamphetaminabhängige zusammen mit ihrer 17-jährigen Bekannten und deren

zweijähriger Tochter einen Mann zur Geisel genommen und mehrfach, bewaffnet mit AK 47, SKS und mehreren Handfeuerwaffen, auf Polizisten schossen. Ich konnte dabei den Einsatzbesprechungen verschiedenster Sonderheiten beiwohnen und konnte die Pressearbeit unterstützen. Besonders lehrreich für mich war die Beobachtung der Arbeit des S.W.A.T (vergleichbar mit dem SEK) und des FBI, die mit einer eigens gelegten Telefon- und Videoleitung mit den Geiselnern kommunizierten.

Ein trauriges Großereignis in meiner ersten Woche war die Beerdigung von zwei Kollegen, die während ihrer Streifen-tätigkeit erschossen worden sind.

Mit solchen Geschehnissen muss man sich ebenfalls auseinandersetzen, auch wenn es sehr schwer fällt.

Für zwei Wochen begleitete ich die Tatortarbeit der Mordkommission. Am dritten Tag nach meiner Ankunft kam es zu einem Mordfall in der Öffentlichkeit, hier konnte ich die Tatortarbeit unterstützen und beteiligte mich an der Spurensuche. Auch in die anschließenden Ermittlungen integrierten mich die Kollegen: Sie befragten mich zu meinem Verständnis über die Tat, ich erstellte ein Personogramm und eine Chart von allen in den Mordfall involvierten Personen, konnte bei Vernehmungen beiwohnen und lernte ver-

schiedene Taktiken des Vernehmungsprozesses.

Lohn für Informanten

Eine weitere Station meines Praktikums waren die Operativen Einheiten: Narcotics und S.C.U. Diese Gruppen unterstützen z. B. die Ermittlungsarbeit der Kommission durch Anschlussarbeit, wie Festnahme und Observation. Aufgrund der sehr liberalen Waffengesetze in Arizona (jeder der nicht wegen eines Verbrechens bestraft worden ist, darf ohne Lizenz jegliche Form von Waffe besitzen und an sich tragen, solange sie offen getragen wird) muss man bei jeder operativen Aktion hohe Profes-

sionalität beweisen, um nicht sein oder das Leben anderer zu gefährden.

Arizona ist aufgrund seiner Grenze zu Mexico Schauplatz für die organisierte Kriminalität. Die Kriminalität liegt hier gegenüber den anderen Bundesstaaten in den U.S.A überdurchschnittlich hoch. Für die Operativen Gruppen ist es unabdinglich, mit Informanten zusammen zuarbeiten und Scheinkäufe zu tätigen. Während meiner Zeit bei Narcotics konnte ich bei mehreren Hausdurchsuchungen anwesend sein, bei denen über 80 Kilo Marihuana, mehrere Kilo Kokain und Methamphetamin beschlagnahmt wurden. Der Informant hatte ein hohes Interesse, möglichst große Dealer zu verra-

PRAKTIKUM

ten, denn er wird proportional zu dem beschlagnahmten Gut vom Glendale PD entlohnt.

Ausstattung

Zu meiner eigenen Sicherheit wurde mir am Anfang des Praktikums meine eigene ballistische

kunden paralysieren. Nach Betätigung des Abzugs werden zwei Spitzen aus dem Gerät geschossen, welche sich unter die Haut des Angreifenden bohren und verbunden mit sieben Meter langem Kupferdraht einen Schock auslösen. Um diese Taser tragen und nutzen zu dürfen, muss man als Polizeibeamter die Wirkung

zentrale Alarm ausgelöst, die Verfolgung aufgenommen und der Täter gestellt.

Eine weitere beeindruckende Innovation in Glendale war der so genannte Shot-Spotter. Damit können in besonderen Schwerpunktbezirken über aufgestellte Sensoren und durch akustische Schallwellenmessung Schüsse identifiziert werden. Bei aufgenommenen Schüssen wird metergenau die Adresse der Schussabgabe geortet und es werden sofort Beamte zu dieser Anschrift entsandt. Das besondere am Shot-Spotter ist, dass dieser zwischen Böllern, Schüssen und anderen Knallgeräuschen differenzieren kann.

Während meines Praktikums, habe ich auch ein großes Interesse der amerikanischen Kollegen an der Berliner Polizei, den Unterschieden in der Rechtsauffassung, der Kultur und Gesellschaft feststellen können. Umgekehrt habe ich viel über die

Haus ein eigenes Zimmer zur Verfügung, wenn es nötig war, wurde mir ein Auto gestellt, und auch am Wochenende nahm mich die Familie zu Ausflügen mit.

Ich brauchte für meine Unterkunft und Verpflegung, trotz mehrfachen Angebots meinerseits nicht aufzukommen, im Gegenteil wurde für mich am letzten Tag sogar eine Abschiedsfeier organisiert.

Diese zwei Monate Praktikum werden mir unvergesslich bleiben. Von den polizeilichen Erfahrungen und von dem Erlernten werde ich sicher noch lange zehren. Die Freundschaften, die sich in dieser Zeit gebildet haben, werden zu einem regen Kontakt und Austausch zwischen mir und dem Glendale Police Department führen.

Ich möchte mich auf diesem Weg bei Frau Ingrid Schröder vom Akademischen Auslandsamt der FHVR Berlin, der Aus-



Gastgeber Vice Director Brent Ackzen, „Praktikant“ Patrick Schröder und Chief of the Glendale-PD Mr. Kirkland (v.l.n.r.)

Weste zur Verfügung gestellt, die ich übrigens als Geschenk mit nach Deutschland nehmen durfte.

Maximal fünf Jahre alte ballistische Westen, ballistische Helme sowie Digitalfunkgeräte gehören bei jedem Polizisten in Glendale zur Mannausstattung. In den Polizeifahrzeugen integriert ist ein Laptop mit Touchscreen über den Notrufe angezeigt werden und mit dem zu anderen Kollegen per Kurznachricht Kontakt aufgenommen werden kann. Weiterhin sind in diesem Laptop die meisten Recherchesysteme integriert. Ein eingebautes GPS (Global Positioning System) macht das Finden von Anschriften leicht und man kann jeder Zeit sehen, wo sich das eigene Polizeifahrzeug und die der Kollegen befinden.

Beeindruckend für mich war die Ausrüstung der Kollegen mit Elektroschockern (Taser X 26). Hierbei handelt es sich um Taser, die mit einem 50.000 Volt-Schlag den Gegner mindestens fünf Se-

unter Aufsicht an sich selbst ausprobieren. Ich konnte mich von der Schlagkraft eines nur zwei Sekunden andauernden Schocks am eigenen Leibe freiwillig überzeugen.

Köder für Autoknacker

Eine weitere Station meines Praktikums war der so genannte Autoheft. Hier wird mit operativen Mitteln der Autodiebstahl bekämpft. Ein Beispiel mit einem Köder-Auto. Hierbei handelt es sich um ein beschlagnahmtes, von der Polizei aufgerüstetes Auto. In der Fahrerkabine gibt es Kameras und Bewegungsmelder. Ein GPS-Sender zeigt der Funkbetriebszentrale an, wo sich das Fahrzeug befindet und wann es sich bewegt. Nun wird das Fahrzeug an Schwerpunkten offen, mit auf dem Fahrersitz abgelegten Schlüssel abgestellt und darauf gewartet, dass jemand das Fahrzeug stiehlt. Sobald das passiert, wird in der Funkbetriebs-



Momentaufnahme des Glendale-S.W.A.T-Teams während einer 29stündigen Geiselnahme
Fotos: privat

polizeiliche Praxis in Glendale lernen können. Auch die privaten Kontakte blieben nicht aus: schon kurz nach meinem Eintreffen wurde ich eingeladen, mit den Kollegen auszugehen und Wochenendausflüge zu machen. Hier sei auch erwähnt, dass ich unglaublich herzlich von meinem Gastgeber, Brent Ackzen und seiner Familie aufgenommen worden bin. Mir stand in ihrem

bildungsleitung des gehobenen Dienstes, der Stiftung Luftbrückendank und zu guter Letzt bei der GdP für die Unterstützung zu bedanken.

Patrick Schröder

Weiter Fragen beantworte ich gern über pat-schroeder@web.de

Auf ein Wort

*Liebe Seniorinnen,
liebe Senioren,*

es ist mal wieder so weit: In den nächsten Monaten werden in fast allen Landesbezirken und Bezirken Seniorenkonferenzen



einberufen, um die für die Kolleginnen und Kollegen wichtigen gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Fragen zu diskutieren und die Weichen für die zukünftige GdP-Senioren-Arbeit zu stellen.

Im Mittelpunkt dieser Konferenzen wird sicherlich die aktuelle Entwicklung im Renten-

und Versorgungsrecht stehen, denn die Zukunft der Alterssicherungssysteme steht auf dem Prüfstand. So hat das neue Jahr 2005 bereits mit neuen Herausforderungen auf dem Gebiet des Besoldungs- und Versorgungsrechts begonnen. Bundesinnenminister Otto Schily wollte vom Kabinett noch im Dezember 2004 Eckpunkte für ein „Versorgungsnachhaltigkeitsgesetz“ beschließen lassen. Damit sollen die Absenkungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung wirkungsgleich auf die Ruhestandsbeamten, Richter und Soldaten übertragen werden. Im Ergebnis soll die Höchstversorgung von 71,75 Prozent (nach dem Versorgungsänderungsgesetz 2001) auf 66,8 Prozent bis 2030 in 30 Einzelschritten abgesenkt werden.

Zwar wurde die Sache zunächst von der Tagesordnung der Kabinettsitzung im Dezember abgesetzt, es muss aber damit gerechnet werden, dass bereits im Januar – noch während ich diese Zeilen schreibe – ein Ressortentwurf vorgelegt wird. Hier müssen wir – gemeinsam mit dem DGB – alles versuchen, um weitere Nachteile für Versorgungsempfänger abzuwenden bzw. zu mildern.

Neben den aktuellen Themen

wird es auch Aufgabe der Seniorenkonferenzen sein, die Delegierten für die 5. Bundesseniorenkonferenz der Gewerkschaft der Polizei zu wählen, die im April 2006 in Dresden stattfinden wird.

Im Hinblick auf diese Bundesseniorenkonferenz müssen wir schon bei den Landeskonferenzen unsere Forderungen an die Politik deutlich machen und auch zu gesellschaftspolitischen Fragen Stellung beziehen.

So unter anderem:

Dass wir keine Benachteiligung der Älteren wollen

- Denn Diskriminierung jeder Art verstößt gegen die Verfassung und verletzt die Menschenwürde.

Dass wir Solidarität zwischen Jung und Alt wollen

- Wir dürfen nicht zulassen, dass jüngere und ältere Menschen gegeneinander ausgespielt werden.

Dass wir Gesundheit und Wohlbefinden bis ins hohe Alter wollen

- Das macht eine altersgerechte medizinische Versorgung und ein höheres Maß an Gesundheitsvorsorge erforderlich.

Dass wir uns gegen eine Zweiklassen-Medizin wenden

- Der Zugang zu Leistungen des Gesundheitswesens muss für alle offen und bezahlbar bleiben.

Dass wir jede Verweigerung von Gesundheitsleistungen für Ältere ablehnen

- Alle Versuche, Gesundheitsleistungen für Ältere zu rationieren, werden auch auf unseren härtesten Widerstand treffen.

*Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,*

für die Zukunft erhoffe und wünsche ich mir, dass es mit der Seniorenarbeit in der Gewerkschaft der Polizei kontinuierlich weiter geht und recht viele Kolleginnen und Kollegen – vor allem Neu(Jung)-Pensionäre – bereit sind, mitzuarbeiten und Verantwortung zu übernehmen. Wir sind nämlich nicht zu alt, um weitere Interessen selbst zu formulieren und zu vertreten.

Bis zur nächsten Ausgabe
euer

*Heinz Blatt,
Vorsitzender der
Seniorengruppe*

Senioren im Gespräch mit Deutschem Bundeswehrverband



v. l. n. r.: Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der ehemaligen Soldaten/Hinterbliebenen des DBwV Rolf Meyer, GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg, Vorsitzender des Bundesseniorenvorstandes der GdP Heinz Blatt, Berater für Seniorenreisen Manfred Stock und der stellvertretende Vorsitzende des Bundesseniorenvorstandes Artur Jung. Foto: Adams

Anfang Dezember trafen sich in Berlin Vertreter der Senioren der GdP und des Deutschen

Bundeswehrverbandes (DBwV), um sich über gemeinsam berührende Fragen des Versorgungsrechts abzustimmen – insbesondere über das Einsatzversorgungsgesetz und die Anerkennung von Posttraumatischen Belastungsstörungen als Dienstunfall. Beide Seiten sehen durchaus die Möglichkeit, künftig mit betroffenen Soldaten und Polizisten z. B. gemeinsame Fachseminare durchzuführen.

Darüber hinaus standen Überlegungen auf der Tagesordnung, auch gemeinsame Seniorenreisen ehemaliger Polizisten und Soldaten zu organisieren. Vielleicht ein interessanter Aspekt, wenn „innere“ und „äußere Sicherheit“ sich austauschen können.

Dialog der Generationen – JUNGE GRUPPE profitiert davon

„Manchmal sind wir ganz weit weg von den Problemen und Nöten unserer Mitglieder. Manche Dinge haben wir gar nicht so recht im Blick. Deshalb ist es richtig und gut, dass wir uns mit den Sorgen und Nöten der Betroffenen auseinander setzen.“ Mit diesen Worten eröffnete der

rischen Generationenverhältnis ab. Seniorinnen und Senioren nutzen freiwilliges Engagement, um auch im Ruhestand aktiv zu bleiben. Jüngere Kolleginnen und Kollegen profitieren von den Lebens- und Berufserfahrungen der Älteren. Vor diesem Hintergrund gewinnt der Dialog der



Hans Adams von der BGst., Heinz Blatt, Vorsitzender der Bundes-seniorenvorstandes, Marc Behle, in der BGst. zuständig für die JUNGE GRUPPE . Foto: tetz

Vorsitzende der Seniorengruppe Heinz Blatt die gemeinsame Sitzung des Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstandes mit dem geschäftsführenden Bundesjugendvorstand am 13. Dezember 2004 in der Bundesgeschäftsstelle Berlin, an der auch die Kollegen H.-J. Adams und Marc Behle teilnahmen.

Solidarisches Generationsverhältnis nötig

Im Mittelpunkt der Sitzung stand die Umsetzung des Positionspapiers „Mitgliederbindung Senioren und Junge Gruppe – Dialog der Generationen“.

Die gesellschaftliche und gewerkschaftliche Teilhabe der älteren Mitglieder hängt ebenso wie die Zukunft der jüngeren Generationen von einem solida-

Generationen in der GdP an Bedeutung.

Arbeiten im „Tandemverfahren“

Wir werden uns aber nicht nur mit diesen Themen befassen, sondern es gilt auch, die von außen auf die Gewerkschaft einwirkenden Aspekte aufzunehmen. Heinz Blatt und Artur Jung werden bis Anfang März 2005 ein Konzept mit Vorschlägen vorlegen, wie unser Positionspapier in der Praxis umgesetzt werden kann. Dabei sollen auch Überlegungen mit einfließen, inwieweit z. B. „Mentoring“ eine weitere Möglichkeit darstellt, junge Mitglieder für eine aktive Arbeit in der GdP zu gewinnen. Konkret bedeutet das, dass beide Gruppen in einem so genannten „Tandemverfahren“ miteinander arbeiten und voneinander profitieren. **BI**

ANKÜNDIGUNGEN

Seminarreihe für Kollegen die ein Schusswaffenerlebnis hatten wird fortgesetzt

Die „Selbsthilfegruppe Bock“, die sich um Kollegen und Kolleginnen kümmert, die ein Schusswaffenerlebnis hatten, setzt ihre Seminarreihe fort.

Vom 29.04.2005 bis 01.05.2005 finden im Bildungshaus „Maria an der Sonne“ in 63768 Hösbach das Seminar „Mein Schusswaffenerlebnis – Muss ich das alleine durchstehen?“ und vom 24.10.2005 bis 26.10.2005 das Seminar „Schusswaffengebrauch – Noch einmal davongekommen?“ statt.

Die Seminare richten sich nur an unmittelbar betroffene Kollegen (diejenigen die geschossen haben oder beschossen wurden, sowie deren Streifenpartner). Unkostenbeitrag: 60 Euro
Anmeldungen bei: Reinhold Bock, PI Aschaffenburg-Land Lorbeerweg 1
63741 Aschaffenburg
Tel.: 06021/857-454 oder -430
Fax: 06021/857459

E-Mail: reinhold.bock@polizei.bayern.de oder privat:
Beineweg 24, 63864 Glattbach,
Tel.: 06021/470130
E-Mail: reinholdbock@t-online.de

Tagung: Öffentliches und Privates im Polizisten

„Was bin ich? – Öffentliches und Privates im Polizisten“ ist das Thema einer Tagung, die die Evangelische Akademie Hofgeismar vom 21. bis 23. Februar 2005 zusammen mit der Polizeiseelsorge der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck anbietet. Tagungsort ist die Akademie.

Die Polizei ist Staatsgewalt schlechthin. Das erfährt der Straftäter, der Störenfried, aber auch

der Hilfe suchende Bürger. Das bedeutet für „Polizei“ und damit für den einzelnen Polizisten, Autorität zu verkörpern, schon bevor die Schwelle zur Gewaltausübung erreicht ist. Mehr noch als in anderen Berufen ist damit ein Spagat zwischen beruflichem und privatem Auftreten verbunden. Wer zu Hause liebender Familienvater oder -mutter sein soll, muss sich bei der Arbeit in ein Kollektiv einfügen und Härte zeigen. Wie reagiert die Psyche des Einzelnen in Situationen zwischen Langeweile und akuter Bedrohungslage? Wie sind die Wechselwirkungen zu Apparat, Kollegen und Familie?

Tagungskosten: für Angehörige von Landespolizeien 50,00 Euro (Reisekosten sind selbst zu tragen). Für andere Personen kostet die Tagung einschließlich Tagungsbeitrag, Unterkunft und Verpflegung 131,00 Euro (Einzelzimmer) bzw. 119,00 Euro (Doppelzimmer). Anmeldungen und weitere Informationen unter Tel.: 05671/881-118, nach Dienstschluss unter Tel.: 05671/881-0.
E-Mail: ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de, Internet: www.akademie-hofgeismar.de.
Anmeldeschluss: 14. Februar 2005.

17. Deutscher Polizei-Squash-Cup 2005 in Hannover

Vom 6. bis 8. Mai 2005 findet in Hannover der 17. Deutsche Polizei-Squash-Cup statt. Teilnahmeberechtigt sind alle Mitarbeiter/innen der Polizeien des Bundes und der Länder. Nähere Informationen und Meldeunterlagen beim Ausrichter: KOK Bernd Bruns
Polizeidirektion Hannover / ZKD
Tel. 0511 - 109 - 5147
oder E-Mail
bernd.bruns2@polizei.niedersachsen.de

Der Ausrichter betont, dass dieses Turnier für alle Spielstärken gedacht ist, da in verschiedenen Leistungsklassen gespielt wird.
Anmeldeschluss: 31. März 2005



Sonderurlaubsverordnung des Bundes: Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts

Durch das Gesetz zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts (GÜLPR) vom 15. Dezember 2004 (BGBl. I Nr. 69 vom 20. Dezember 2004, S. 3396 ff.)

wurde die Sonderurlaubsverordnung des Bundes im Sinne gewerkschaftlicher Forderungen geändert.

Danach beschränkt sich bei Niederkunft die Gewährung von Sonderurlaub für einen Arbeitstag nicht mehr auf die Ehefrau, sondern erstreckt sich nunmehr auch auf die Lebenspartnerin (Art. 5 Abs. 3 GÜLPR).

Bleibt zu hoffen, dass bald auch die Länder ihre Sonderurlaubsverordnungen entsprechend ergänzen.

HJA



Abmahnung: Drohung ohne Folgen ist nichts wert

Wird ein Arbeitnehmer abgemahnt, so muss die ihm in der Abmahnung - für den Fall einer Wiederholung des Vergehens - genannte Konsequenz durchgesetzt werden. Bleiben angekündigte Folgen aus und wird eine - in der Formulierung gegenüber den vorherigen „nicht verschärfte“ - „letzte Abmahnung“ ausgesprochen, so ist diese wirkungslos. Der Arbeitgeber hätte „besonders eindringlich“ auf die folgende Kündigungsmöglichkeit hinweisen oder ein „eindringliches Abmahnungsgespräch“ führen müssen.

Bundesarbeitsgericht, 2 AZR 406/03 W. B.



Arbeitsrecht: In der Elternzeit kann man nicht krank werden

Wird eine Arbeitnehmerin während ihrer Elternzeit „arbeitsunfähig“ krank und dauert die Erkrankung auch noch zu dem Zeitpunkt an, an dem sie wieder arbeiten soll, so kann der Arbeitgeber die sechswöchige Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall

nicht während der Elternzeit auslaufen lassen. Die „sechs Wochen“ beginnen erst, wenn die „tatsächliche Arbeitsverhinderung“ eintritt (= mit Ende des ruhenden Arbeitsverhältnisses).

Bundesarbeitsgericht, 5 AZR 558/03 W. B.



Rentenversicherung: Nach neuer Heirat keine „Geschiedenenwitwenrente“ mehr

Geschiedenenwitwenrente steht zu, wenn die Ehe vor 1977 geschieden wurde und der geschiedene Mann bis zu seinem Tod Unterhalt geleistet hat oder dazu verpflichtet war. Das gilt jedoch nicht, wenn seine Ex-Gattin wieder geheiratet hat – selbst wenn auch diese Ehe inzwischen endete.

Bundessozialgericht, B 5 RJ 39/03 R W. B.



Altersteilzeit: Auch in der Freistellungsphase darf gekündigt werden

Auch wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer Vereinbarung über Altersteilzeit geregelt haben, dass in der Freistellungsphase nicht gekündigt werden darf, wurde damit das außerordentliche Kündigungsrecht nicht ausgeschlossen. Es kann einem Arbeitgeber nicht zugemutet werden, einen Mitarbeiter noch zu „beschäftigen“, der zum Beispiel zu seinen Lasten eine Straftat begangen hat.

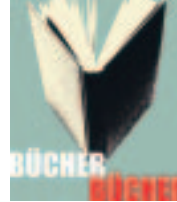
Landesarbeitsgericht Hamm, 16 Sa 391/03 W. B.



Steuerrecht: Keine Entfernungspauschale bei „Sammeltransporten“

Wird ein Arbeitnehmer, der an wechselnden Orten für seinen Arbeitgeber tätig ist, per Sammeltransport vom Betriebsitz zu den Einsatzstellen befördert, so kann er für diese Wege nicht die Entfernungspauschale von 30 Cent pro Kilometer geltend machen. Er hat keine – pauschal unterstellten – „Aufwendungen“, die durch die Entfernungspauschale abgegolten werden müssten.

Finanzgericht Köln, 7 K 3738/03 W. B.



Dienstunfall

Der Autor war acht Jahre im aktiven Polizeidienst tätig, bevor er aufgrund eines Dienstunfalls 1990 in den Ruhestand versetzt wurde und Rechtswissenschaft studierte. Sowohl aus seiner persönlichen Erfahrung als auch aufgrund seiner jetzigen Tätigkeit als Rechtsanwalt und Dozent an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung in Köln, hat er den Eindruck, dass es vielen Beamtinnen und Beamten oft in weiten Gebieten des Beamtenversorgungsrechts an Kenntnissen mangelt. Vor diesem Hintergrund ist der Band „Dienstunfall – was nun?“ entstanden. Kurz, verständlich, und ausschließlich auf die Bedürfnisse der Praxis ausgerichtet, werden darin die wesentlichen Rechtsvorschriften erläutert und durch zahlreiche Beispiele angereichert. Das Buch gibt damit einen Überblick über die wesentlichen Normen des BeamtenVG und verdeutlicht typische Problemkreise.

Eckhard Wölke, Dienstunfall – was nun? Beamtenrechtlicher Leitfaden für die Polizei, VDP GmbH Buchvertrieb, 1. Auflage 2005, 154 Seiten, 15,90 EUR (D), 28,30 sFr., ISBN 3-8011-0507-5

„Altersteilzeit ab 55“ neu aufgelegt

Die Publikation des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) zeigt, wer, wann, zu welchen Bedingungen in Altersteilzeit gehen kann – und wie sie staatlich gefördert wird.

Die auf den aktuellen Gesetzesstand gebrachte Broschüre erklärt alles rund um die Altersteilzeit, die Förderung durch die Agentur für Arbeit und den Übergang in die Rente in verständlicher Weise.

Die Broschüre „Altersteilzeit ab 55“ ist ab sofort im Online-Bestellservice des BMWA als PDF verfügbar.

Persönliche Beratung über das BMWA-Bürgertelefon „Altersteilzeit“: 0180 5 615 004

Analyse und Bewertung des privaten Sicherheitsgewerbes

Ob in Einkaufszentren, beim Straßenfest oder neuerdings auch in Arbeits- und Sozialämtern, die meist im Stil der US-amerikanischen Polizei uniformierten Wachmänner und -frauen des privaten Sicherheitsgewerbes gehören mittlerweile zur Normalität in weiten Bereichen des öffentlichen Lebens. Für die Bevölkerung ist oft nicht eindeutig, welche Befugnisse sie haben und ebenso undurchsichtig ist für sie das Verhältnis zwischen der privaten Sicherheitsbranche und der Polizei als primär für die öffentliche Sicherheit verantwortliche Institution.

Ausgehend von der deutlichen Expansion des privaten Sicherheitsgewerbes seit Beginn der 90er Jahre, untersucht die Autorin die Verschränkung von privater und öffentlicher Kontrolle und Gefahrenabwehr insbesondere im öffentlichen Raum mit ihren Folgen für das staatliche Gewaltmonopol. Im Mittelpunkt steht dabei die neueste Form der Zusammenarbeit – eine vereinbarte Sicherheitspartnerschaft zwischen führenden Vertretern des privaten Sicherheitsgewerbes und der Berliner Polizei. Neben einer detaillierten Dokumentenanalyse zieht die Autorin nach mehr als einem Jahr nach Inkrafttreten des Vertrages ein Fazit der praktischen Zusammenarbeit. Zudem bewertet sie die wichtigsten, bundesweit bereits erfolgten und aktuell diskutierten Privatisierungen staatlicher Sicherheitsaufgaben. Auch dieser Bereich, so zeigt sich, wird von der Sparzwangdebatte und der Strategie des Outsourcings erfasst. Das staatliche Gewaltmonopol als Ausdruck staatlicher Legitimität und Identität kann von diesen Prozessen nicht unberührt bleiben und vollzieht aktuell grundlegende Veränderungen.

Susanne Schmidt, Das expandierende private Sicherheitsgewerbe – Droht der Verlust des staatlichen Gewaltmonopols im öffentlichen Raum?, ibidem-Verlag Stuttgart, 180 Seiten, 24,90 Euro, ISBN 3-89821-435-4